MASTERPLAN INDUSTRIE

FÜR DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Jahresbericht 2020-2021

Kompetenzzentrum Industrie
Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

Masterplan Industrie

Der **Masterplan Industrie** stellt als ein breit strukturierter und langfristig angelegter Prozess eines der wichtigsten **strukturpolitischen Projekte** der Stadt Frankfurt am Main zur **Stärkung des Wirtschaftsstandorts** dar.

Der vorliegende Jahresbericht 2020-2021 umfasst eine **Fortschreibung des Sachstands des Masterplans Industrie** basierend auf dem vorherigen Jahresbericht.

Die **Industrie** sichert mit rund **10 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** einen beachtlichen Anteil der **Gewerbesteuereinnahmen** und bildet aufgrund ihrer Vielfalt und **lokalen und internationalen Vernetzung** eine wesentliche **Grundlage für eine stabile und ausgeglichene wirtschaftliche wie auch gesellschaftliche Entwicklung** in Frankfurt am Main. Die **überdurchschnittlichen Einkommen** der Industriebeschäftigten leisten einen bedeutenden Beitrag für **Wohlstand** und **Lebensqualität** über Frankfurt am Main hinaus.

Der Masterplan Industrie umfasst **30 Projektvorschläge** auf den industriepolitischen Handlungsfeldern **Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept**, **Digitale Infrastruktur**, **Energie**, **Logistik**, **Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung**, **Arbeit und Qualifizierung**, **Verwaltungsprozesse und Behördenservice** sowie **Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft** (s.u. Tabelle Projektübersicht, S. 8). Diese wurden 2014-2015 in acht Arbeitsgruppen erarbeitet, in denen sich mehr als 70 Experten beteiligten (Werkstattberichte). Die **Industriestudie Frankfurt am Main** bildete eine Grundlage für die Ausgestaltung der Handlungsfelder (Lindner, P. Boeckler, M. u. Ouma, S. (2014): Industriestudie Frankfurt am Main 2013, Frankfurt a. M.).

Kennzahlen Industrie Frankfurt am Main

Die Industrie erweist sich in der Corona-Krise aufgrund ihrer strukturellen Vielfalt sowie ihrer lokalen, regionalen und internationalen Vernetzung einmal mehr als ein **Stabilitätsanker** für die Frankfurter Wirtschaft. Die überdurchschnittlichen Einkommen der Industriebeschäftigten und stabile Arbeitsbeziehungen leisten einen bedeutenden Beitrag für Wohlstand und Lebensqualität weit über Frankfurt am Main hinaus.

Der Industrie gelang ab Mitte 2020 mit steigenden Auftragseingängen, einer anziehenden Produktion und wachsenden Umsätzen eine Stabilisierung nach einem konjunkturellen Einbruch im ersten Halbjahr. Die einzelnen **Branchen** waren unterschiedlich und zeitversetzt betroffen:

Während die **Automobilindustrie** mit einer besonderen Wucht getroffen wurde und sich dann schneller als andere Branchen erholte, waren die Auswirkungen in der **Metall- und Elektroindustrie** zunächst weniger drastisch, aber im weiteren Jahresverlauf noch stärker spürbar. In der **Luftfahrzeugindustrie** konnte kaum eine Erholung festgestellt werden. Durch die Impfstoffentwicklung und -produktion erfuhr die **chemisch-pharmazeutische Industrie** eine besondere Aufmerksamkeit. Die **Lebensmittelindustrie** musste infolge der Corona-Maßnahmen auf eine veränderte Nachfrage reagieren. Eine enorme und in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommene Herausforderung stellte in allen Branchen die Sicherstellung von Lieferketten und Produktionsabläufen dar.

Die folgenden gegenüber dem Vorjahr revidierten Kennzahlen erweisen sich als relativ stabil, bilden die konjunkturellen Auswirkungen aufgrund unterschiedlicher statistischer Bezugszeiträume aber noch nicht umfassend ab:

Die **Beschäftigung** im verarbeitenden Gewerbe lag nach jüngsten Zahlen bei 36.519 (30.06.2020; Vj: 38.671) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im produzierenden Gewerbe insgesamt arbeiteten 61.556 (30.06.2020; Vj: 63.129) sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesagentur für Arbeit, 2020).

Das monatliche **Bruttoarbeitsentgelt** sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter des verarbeitenden Gewerbes betrug durchschnittlich 5.531 (2019; Vj: 5.374) Euro pro Kopf und lag damit rund 25% über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt (Median) in Höhe von 4.431 (2019; Vj: 4.307) Euro (Stadt Frankfurt am Main, Amt für Statistik, 2020).

Die **Bruttowertschöpfung** belief sich auf 6,7 (2018; Vj: 7,2) Milliarden Euro. Die **Produktivität** lag bei 153.000 (2018; Vj: 164.000) Euro Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“, 2020).

Die **Exportquote** betrug 57,6 (2019; Vj: 58,0) Prozent. Das verarbeitende Gewerbe erzielte einen Auslandsumsatz von rund 8,1 (2019; Vj: 8,3) Milliarden Euro. (Stadt Frankfurt am Main, Amt für Statistik, 2020).

Die **Investitionen** im verarbeitenden Gewerbe beliefen sich auf 445 (2019; Vj: 510) Millionen Euro (Betriebe > 20 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) und unterliegen höheren jährlichen Schwankungen aufgrund unregelmäßig erfolgender Großinvestitionen (Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2020). Im **Industriepark Höchst** erreichten die Investitionen 392 (2019; Vj: 327) Millionen Euro und seit dem Jahr 2000 über 8 Milliarden Euro (Infraserv GmbH & Co. Höchst KG, 2020).

Als größere Investitionsprojekte sind zu nennen:

- Standorterweiterung **Continental Teves** in Frankfurt-Rödelheim (Neubau sechsstöckiges Entwicklungsgebäude, Parkhaus mit 1.700 Stellplätzen, neues Betriebsrestaurant, Grünflächenanlage) (bis 2022) und Inbetriebnahme eines Nvidia InfiniBand-verbundenen DGX-Supercomputers für künstliche Intelligenz (KI) (bis 2020)
- Neubau Gefahrstofflager (bis 2022), Modernisierung Gasturbine (bis 2020), Neubau Gasturbinen-Anlage (bis 2022) sowie Neubau Wasserstofftankstelle für Züge (weltweit größte Brennstoffzellenzug-Flotte) (bis 2022) der **Infraserv Höchst**
- Kapazitätserweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen für Chlormethan der **Nouryon Industrial Chemicals** (ehemals AkzoNobel Specialty Chemicals) im Industriepark Höchst (bis 2021)
- Umrüstung von Abfüllanlagen der **Sanofi Deutschland** im Industriepark Höchst auf Covid-19-Impfstoffe (bis 2021)
- Neubau Niederlassung **Siemens** im Stadtteil Gateway Gardens (Gebäudekomplex „The Move“) (bis 2022)
- Errichtung einer Power-to-Liquid Pionieranlage der **Ineratec** sowie einer Power-and-Biogas-to-Liquid Pilotanlage der **Caphenia** im Industriepark Höchst (bis 2022)

- Kapazitätserweiterung der Produktionsanlage der **Weylchem** zur Aromatenringchlorierung im Industriepark Höchst (bis 2022)
- Ausbau des Stromnetzes durch die Mainova-Tochter **NRM Netzdienste Rhein-Main** und den vorgelagerten Netzbetreibern **Avacon** und **TenneT** in der Region Frankfurt / Rhein-Main mit einem Kapazitätswachstum für Frankfurt um mehr als 500 Megavoltampere (MVA) (bis 2024/2027)

Investitionen der vorwiegend internationalen Rechenzentrumsbetreiber und Immobilieninvestoren in die Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben wurden zuletzt mit jährlich etwa 400-500 Millionen Euro beziffert und als wachsend beschrieben (B 533 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRheinMain – 25.09.2020; Stadtverordnetenversammlung (StVV) Fragestunde 24.09.2020, F 288 Wie viele Bauanträge für Rechenzentren, mit welchen Flächengrößen, sind derzeit beantragt beziehungsweise genehmigt?).

In Frankfurt am Main sind im produzierenden Gewerbe insgesamt **rund 1.100 Betriebe** tätig, davon rund 70 Betriebe mit mehr als 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (2017) (Stadt Frankfurt am Main, Amt für Statistik, 2020).

Masterplan-Prozess

Die Industrie erhält in Frankfurt am Main in den letzten Jahren eine erhöhte Aufmerksamkeit und Wertschätzung durch die Politik, nachdem die Ständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz (SWAK) in ihrer gemeinsamen - von den Sozialpartnern vorbereiteten - Erklärung vom September 2011 eine ganzheitliche Neuordnung der Frankfurter Industriepolitik gefordert hatte, die den industriellen Kern schützen und modernisieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze erhalten und Beschäftigung für alle Beschäftigtengruppen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Region bieten soll (Ständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz (SWAK): Gemeinsame Erklärung zum Industriestandort, 06.09.2011).

Die regierenden Parteien im Frankfurter Römer erkennen die Bedeutung einer solchen ganzheitlichen Industriepolitik und bringen im Koalitionsvertrag ihren Konsens zum Masterplan Industrie zum Ausdruck:

Masterplan Industrie im Koalitionsvertrag	
Koalitionsvertrag CDU und Grüne 2011-2016	„Es soll ein Kompetenzzentrum Industrie in der Wirtschaftsförderung installiert werden, das in enger Abstimmung mit der Stadtplanung Maßnahmen zur Absicherung des Industriestandortes Frankfurt am Main in die Wege leitet. Das industriepolitische Leitbild der Stadt wird weiterentwickelt und ein industriepolitischer Masterplan erstellt“ (Koalitionsvertrag CDU und Grüne 2011-2016, S. 12)
Koalitionsvertrag CDU, SPD und Grüne 2016-2021	„Die Koalition erkennt die Bedeutung der Industrie für den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main als Innovationstreiber, Arbeitsplatzfaktor und in seiner Bedeutung für eine stabile Finanzlage der Kommune an und unterstützt dezernatsübergreifend eine schnelle Umsetzung des Masterplans Industrie mit seinen 30 Projekten in acht Handlungsfeldern in der neuen Legislaturperiode“ (Koalitionsvertrag CDU, SPD und Grüne 2016-2021, S. 38).
Koalitionsvertrag Grüne, SPD, FDP und Volt 2021-2026	„Den Industrie- und Produktionsstandort Frankfurt wollen wir durch die weitere Umsetzung des ‚Masterplans Industrie‘ stärken“ (Koalitionsvertrag, Grüne, SPD, FDP und Volt 2021-2026, S. 151).

Der **Koalitionsvertrag 2021-2026** zwischen Grüne, SPD, FDP und Volt vom Juni 2021 enthält ein eigenes Kapitel „Gewerbeflächen, Industrie“, in dem sich die Koalitionspartner darauf verständigen, den Industrie- und Produktionsstandort durch die weitere Umsetzung des Masterplans Industrie zu stärken.

Zudem enthält der Koalitionsvertrag eigene Kapitel u.a. zu Handwerk, Ausbildung, Betreuung, Bildung und Ausbildung, Digitalisierung, Smart City, Klimaschutz und Umwelt sowie Verwaltung und sieht unter dem Kapitel Haushalt und Finanzen die Sicherung und Stärkung sowie eine Erweiterung der finanziellen Souveränität der Stadt vor, so dass die Weiterentwicklung auf allen Handlungsfeldern des Masterplans Industrie eine Unterstützung erfährt.

Der **Masterplan Industrie** wurde im Januar 2016 von der Stadtverordnetenversammlung (StVV) beschlossen (siehe Vortrag des Magistrats **M 182 Masterplan Industrie** – 06.11.2015). Im **Koalitionsvertrag 2016-2021**.

Eine Institutionalisierung des Netzwerks Industrie, u.a. durch den seit 2012 bestehenden Beirat Industrie, das 2016 eingerichtete Kompetenzzentrum Industrie, die Einrichtung von Projektgruppen und regelmäßig stattfindende Dialogveranstaltungen mit unterschiedlichen Akteuren, trägt zu einer weiteren Verankerung des Masterplan-Prozesses bei:

Beirat Industrie der Stadt Frankfurt am Main

Der Beirat Industrie unter dem Vorsitz des Wirtschaftsdezernenten der Stadt Frankfurt am Main (Dezernat IX Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr) begleitet den Masterplanprozess von Anfang an aktiv durch die Synchronisierung von Interessen sowie die Unterstützung gegenüber Wirtschaft, Öffentlichkeit und Politik und führt diese Aufgabe in der Umsetzung und Weiterentwicklung der Handlungsfelder und Projekte fort.

Der Beirat Industrie versammelt sich mehrmals im Jahr zu seinen Sitzungen bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt, um Ergebnisse und Zwischenergebnisse zu Projekten zu erörtern, deren Umsetzung zu unterstützen und den Masterplan Industrie weiterzuentwickeln. Der Beirat Industrie versammelte sich von 2012-2021 zu 36 Sitzungen und zwei Sondersitzungen zum Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) und zur Industriekampagne Frankfurt am Main.

Der Masterplan Industrie fasst die **Empfehlungen des Beirats Industrie** für die Industriepolitik der Stadt Frankfurt am Main zusammen. Die Mitglieder bringen sich mit ihrer Erfahrung und Expertise auf Repräsentations- und Arbeitsebene ein, u.a. durch

- Mitarbeit in Projekt-, Arbeits- und Redaktionsgruppen, z.B. Entwicklung der Industriekampagne
- Bildung einer Steuerungsgruppe zur Evaluierung und Weiterentwicklung des Masterplans Industrie, zur Vorbereitung von Sitzungen des Beirats Industrie und zur Bildung von Schwerpunktthemen
- Teilnahme an Veranstaltungen und Pressegesprächen, z.B. Mitgestaltung des Programms der Industriekonferenz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Dem Beirat Industrie gehören derzeit 22 Mitglieder aus Frankfurter Industrieunternehmen, der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), der IG Metall (IGM), der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), der IHK Frankfurt am Main, der

Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, der Stadtplanung Frankfurt am Main, des Regionalverbands FrankfurtRheinMain, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Provadis-Hochschule und der Wirtschaftsförderung Frankfurt an.

Kompetenzzentrum Industrie der Wirtschaftsförderung Frankfurt

Im Oktober 2016 wurde mit der **Einrichtung des Kompetenzzentrums Industrie** bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt (Masterplan Industrie, Projekt 19) eine zentrale Forderung des Masterplans Industrie umgesetzt. Das Kompetenzzentrum Industrie koordiniert als Schnittstelle zwischen Stadt, Wirtschaft und Verbänden sowie innerhalb der Wirtschaftsförderung Frankfurt die **Projekte des Masterplans Industrie**, entwickelt gemeinsam mit Netzwerkpartnern industriepolitische Maßnahmen auf verschiedenen Handlungsfeldern und verfolgt deren Umsetzung. Im Hinblick auf die Stärkung des Industriestandorts liegen die **Aufgaben des Kompetenzzentrums Industrie** vorwiegend in der **Umsetzung strukturpolitischer Projekte**, der **Bestandspflege** und der **Ansiedlungsunterstützung** im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt am Main sowie in der **Umsetzung weiterer industriepolitischer Aufträge des Magistrats**.

Das Kompetenzzentrum Industrie nahm im Februar 2016 gemeinsam mit dem Beirat Industrie eine **Priorisierung der Projekte** aus dem Masterplan Industrie vor, um den Masterplanprozess erfolgreich weiterzuführen. Die im Masterplan Industrie vorgesehenen Projekte sollen zusammenhängend und sich wechselseitig verstärkend betrachtet werden und nach einem strukturierten und breit angelegten Prozess umgesetzt werden.

Die Priorisierung erfolgte nach den folgenden Kriterien:

- Die bereits erfolgreich angestoßenen Projekte sollen unmittelbar fortgeführt werden und der Masterplanprozess soll möglichst schnell weitere Projekte zu erfolgreichen Ergebnissen führen.
- Die Projektvorschläge, bei denen die kommunalpolitische Handlungsreichweite hoch und deren Umsetzung daher schnell angegangen werden kann, sollen priorisiert werden.
- Die unterschiedlichen Projektvorschläge und industriepolitischen Handlungsfelder sollen nicht voneinander losgelöst angegangen werden. Die im Masterplan Industrie genannten Querschnittsthemen, z.B. Fachkräftesicherung, Innovation, Industrie 4.0, Infrastrukturausbau, Digitales Gewerbegebiet, Kommunikation und Imageaufbau sollen stets im Blick gehalten werden. Die Projektvorschläge mit Querschnittsfunktion sollen so schnell wie möglich angegangen werden.
- Die Projektvorschläge, die unmittelbar dazu beitragen, Frankfurt am Main als Standort für eine „Neue Industrie“ zu positionieren und die Chancen von „Industrie 4.0“ aufzugreifen, sollen priorisiert angegangen werden.
- Die Priorisierung bezog sich auf die gesamte aktuelle Legislaturperiode (2016-2021).

Der Masterplan Industrie wird durch das Kompetenzzentrum Industrie und den Beirat Industrie weiterentwickelt unter Berücksichtigung der Entwicklungen in der Industrie und sich wandelnder Rahmenbedingungen, die zu neuen Herausforderungen und Aufgabenstellungen führen.

Werkstatt-Arbeitsgruppen

Am 20.11.2019 lud das Kompetenzzentrum Industrie die Teilnehmenden der Arbeitsgruppen zu den Werkstattberichten des Masterplans Industrie zu einer Vorstellung der erzielten Zwischenergebnisse ein. Die **Werkstattberichte** und das **Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept** (RfEk) waren von März 2014 bis März 2015 in acht Arbeitsgruppen mit insgesamt über 70 Teilnehmenden erstellt worden. An dem Treffen nahmen über 20 Werkstatt-Arbeitsgruppenteilnehmer teil.

Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main – „Good Practice"-Industrieinitiative in Deutschland

Der Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main wurde auf der **Industriekonferenz** am 24.09.2019 in Berlin als eine von drei Modellinitiativen vorgestellt, zu der **Bundesminister Peter Altmeier**, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), Spitzen aus Industrie, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Wissenschaftseinrichtungen und Politik und rund 400 Teilnehmer begrüßte.

Der Beirat Industrie beteiligte sich am 16.03.2021 auf der digitalen **Auftaktveranstaltung „Zusammenwachsen – für Stabilität und Zukunft"** der **Netzwerktreffen der regionalen Industrieinitiativen** des BMWi an der Panel-Diskussion „Für eine zukunftsfähige Industrie: Netzwerkbildung stärken" und steht in engem Kontakt zur Service- und Beratungsstelle für regionale Industrieinitiativen der DIHK Service, die im Januar 2021 im Auftrag des BMWi ihre Arbeit aufgenommen hat.

Bereits 2017 hatte der Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main bundesweite Anerkennung und gemeinsam mit fünf weiteren Industrieinitiativen in Deutschland eine Förderung als „**Good-Practice"-Modellinitiative** im Rahmen des Projekts **„Gesellschaftlicher Dialog zur Zukunft der Industrie"** des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) erhalten. Das Projekt trug dazu bei, die Dialogveranstaltung Zukunftswerkstatt „Bildung für Industrie 4.0 in Frankfurt am Main" zur Förderung des Dialogs zwischen beruflichen Schulen und Industrieunternehmen gemeinsam mit dem N3tzwerk Zukunft der Industrie als neues Dialogformat in Frankfurt am Main zu entwickeln und als erfolgreiches Projekt zukünftig fortzuführen.

Masterplan Industrie - Projektübersicht

Industriepolitische Handlungsfelder	Projekt-Nr.	Projekt
Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept	1	Flächensicherungskonzept
	2	Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten
	3	Vermeidung von Nutzungskonflikten
	4	Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen
	5	Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten
	6	Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft
	7	Perspektiven für das Stadtteilgewerbe
	8	Fortlaufende Überprüfung des Konzepts (Monitoring)
	9	Unterstützung der Ziele des RfEk in weiteren Handlungsfeldern
Digitale Infrastruktur	10	Reformierung des Planungsprozesses
	11	Vorausschauende Ausstattung mit digitaler Infrastruktur
	12	Vorausschauende Ausstattung mit Energieinfrastruktur
Energie	13	Fokussierung energiepolitischer Maßnahmen auf die Industrie
	14	Ausbau und Stärkung des Energieversorgungssektors Wärme
	15	Kooperation bei Energieeffizienzförderprogrammen der Wirtschaft
Logistik	16	Initiierung synchromodaler Pilotprojekte Binnenschifffahrt
	17	Nutzung von alternativen Antrieben im innerstädtischen Gütertransport
	18	Lkw-Lotse Rhein-Main als Mobiltelefon-App
Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung	19	Aufbau eines Kompetenzzentrums Industrie bei der Wirtschaftsförderung
	20	Kommunikationsplattform Dach aller industrieplatzbezogenen Maßnahmen
	21	Entwicklung zielgruppenspezifischer Maßnahmen
Arbeit und Qualifizierung	22	Imagekampagne „pro Industrie“ zur Stärkung der dualen Ausbildung
	23	Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende
	24	Vernetzung der Arbeitsmarktakteure
Verwaltungsprozesse und Behördenservice	25	Einrichtung „Ständiger Expertenrunden“
	26	Moderation von Umfeldkonflikten
	27	Intensivierung der öffentlichen Kommunikation
Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft	28	Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main
	29	Projekt f>>forward („Frankfurt Forward“)
	30	Digitales Gewerbegebiet

Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept (Projekte 1-9)

Das im Rahmen des Masterplans Industrie gemeinsam vom Kompetenzzentrum Industrie und dem Stadtplanungsamt Frankfurt erarbeitete und 2015 veröffentlichte **Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe** (RfEk) bildet mit seiner Gewerbeflächenbedarfsprognose und konkreten räumlich differenzierten Handlungsempfehlungen eine Grundlage für die Planungen und Maßnahmen zur Sicherung eines bedarfsgerechten Angebots an Gewerbeflächen, für die Entwicklung, Aktivierung und Qualifizierung bestehender Gewerbestandorte und die Steuerung von Ansiedlungen in Frankfurt am Main. Als eine Handlungsgrundlage für Politik und Verwaltung trägt das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) dazu bei, Industrie und Gewerbe im Flächenwettbewerb zu stärken und Planungs- und Investitionssicherheit für die gewerbliche Wirtschaft herzustellen (Wirtschaftsförderung Frankfurt (2015): Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept Gewerbe Frankfurt am Main, Frankfurt a.M., S. 15ff).

Die **Flächenbedarfsprognose** sowie **Handlungsempfehlungen** aus dem Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept (RfEk) wurden im **Integrierten Stadtentwicklungskonzept** (IStEk) und im **Gewerbeflächenentwicklungsprogramm** (GEP) berücksichtigt, das nun in seiner Funktion als Flächensicherungskonzept (Projekt 1) fortgeschrieben und am 04.03.2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm bildet eine wesentliche **Grundlage zur weiteren Umsetzung der Projekte des Masterplans Industrie** auf dem Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (IStEk) und im Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) finden sich Projekte des Masterplans Industrie wieder: **Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten** (Projekt 2), **Vermeidung von Nutzungskonflikten** (Projekt 3), **Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen** (Projekt 4), **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten** (Projekt 5), **Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft** (Projekt 6), **Perspektiven für das Stadtteilgewerbe** (Projekt 7) und **Unterstützung der Ziele in weiteren Handlungsfeldern** (Projekt 9).

Flächensicherungskonzept

Die Erstellung eines **Flächensicherungskonzepts** (Projekt 1) (= Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms (GEP); M 152 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (ehemals Industriekarte) – 26.09.2003) erfolgte unter Federführung des Stadtplanungsamtes und enthält ein Bündel unterschiedlicher Maßnahmen zur Flächensicherung, und zur Umsetzung der weiteren auf dem Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept formulierten Projekte, die in 15 Beschlusspunkten zusammengefasst sind: **I Städtebauliches Entwicklungskonzept, II Aufstellung von Bebauungsplänen, III Aufmerksamkeitszonen, IV Entwicklungsräume, V Verkehrsmaßnahmen, VI Standortmanagement, VII Liegenschaften im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main, VIII Neue Gewerbegebiete, IX Wirtschaftsflächenkonzept, X Regionale Kooperation, XI Gesellschaft für die Gewerbeflächenentwicklung und XII Pilotprojekt Nullemissions-Gewerbepark, XIII Eignungsprüfung, Züricher Straße‘ als Gewerbegebietsstandort, XIV Flächenbedarfsanalyse Frankfurter Norden, XV Sachstandsbericht**.

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) bildet als **städtebauliches Entwicklungskonzept** die Grundlage der Stadtentwicklungsplanung zur Flächensicherung und -vorsorge für Industrie und Gewerbe in Frankfurt am Main und ist damit bei der Aufstellung der Bauleitpläne als

selbstbindender Abwägungsbelang vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main zu berücksichtigen.

Entwicklungsvorstellungen für gewerbliche Bauflächen aus dem Regionalen Flächennutzungsplan (RegFNP) konkretisiert das Gewerbeflächenprogramm (GEP), das als **Teilkonzept der Stadtentwicklungsplanung** Ziele und Handlungsprioritäten benennt und als **Orientierungsrahmen** für die Entwicklung von Flächen für emittierende Industrie und emittierendes Gewerbe dient.

Das Gewerbeflächenprogramm (GEP) weist darauf hin, dass zur Verbesserung von Standortbedingungen über die städtebaulichen Planungen hinaus ein **Bedarf einer Verbesserung der Verkehrserschließung**, der **weiteren Konkretisierung städtebaulicher Zielvorstellungen** und eines **vertieften Dialogs mit den ansässigen Unternehmen** besteht. Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) versteht sich selbst als Vorarbeit leistend für die langfristige Sicherung von Gewerbeflächen und als Leitfaden für zukünftige Entscheidungen und Planungen.

Damit die angestrebten Effekte des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms (GEP) erreicht werden, muss dieser Leitfaden in der **Bauleitplanung**, im **Standortmanagement** und bei **Grundstücksverkehrsangelegenheiten**, in denen die Stadt Frankfurt am Main involviert ist, Berücksichtigung finden.

Die **Ziele des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms** orientieren sich an den Leitlinien des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEk) im Rahmen des Masterplans Industrie und lauten wie folgt (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020):

1. Geeignete Standorte für emittierendes Gewerbe und stark emittierende Industrie in Frankfurt am Main anforderungsgerecht durch Bebauungs- und Rahmenpläne sichern und entwickeln.
2. Flächenpotenziale für gewerbliche und industrielle Innenentwicklung an bestehenden Standorten gezielt nutzen und gemeinsam mit den Unternehmen und Eigentümern Einschränkungen der Flächenverfügbarkeit überwinden.
3. Erreichbarkeit von gewerblichen Entwicklungsschwerpunkten durch leistungsfähige Verkehrserschließung gewährleisten und Engpässe umsetzungsorientiert und nachhaltig lösen (MIV, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr, Güterverkehr auf Schiene, Straße und möglichst auch Schiff).
4. Bestehendes Gewerbeflächenangebot im Stadtgebiet erhalten und bedarfsorientierte Neuausweisungen von Gewerbegebieten regional abstimmen.
5. Durch Standortmanagement gebietsspezifische Probleme im Dialog mit Unternehmen und städtischen Akteuren bearbeiten und Standortqualitäten herausstellen.
6. Belange von emittierenden Betrieben, die auf Industrie- und Gewerbegebiete angewiesen sind, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen sowie in der städtischen Liegenschaftspolitik Priorität einräumen.
7. Für den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main bedeutsame Flächen in ihrer Gesamtheit und Wechselwirkung betrachten und Perspektiven u.a. für Stadtteilgewerbe, Dienstleistung und Handel aufzeigen.

Integriertes Stadtentwicklungskonzept (IStEk)

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IStEk) (M 105 Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten - urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept – 05.08.2019) wurde am 07.11.2019 von der Stadtverordnetenversammlung (StVV) beschlossen und dient als **strategischer Orientierungsrahmen und Handlungskonzept für die mittelfristige Stadtentwicklung** (Städtebauliches Entwicklungskonzept).

- Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IStEk) definiert sechs **Zielvorstellungen und Entwicklungsstrategien**. Frankfurt am Main soll seine Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsflächen auf die Anforderungen der Zukunft und seine Funktion in der Region sowie als „Tor zur Welt" ausrichten. In 2030 soll Frankfurt am Main einer der führenden Innovationsstandorte und „Digital Hub" Europas sein, im Zusammenspiel mit der Region attraktive Standorte für Industrie und Gewerbe anbieten und ein bedeutender Standort der „Industrie 4.0" sein.
- Die folgenden **Leitprojekte und –initiativen** sind im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (IStEk) zur Verbesserung der Perspektiven für den Produktionsstandort vorgesehen: **Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft im Rahmen der städtischen Liegenschaftspolitik**, **Gewerbeflächenmonitoring**, **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten**, **Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen**, **Perspektiven für das Stadtteilgewerbe: Gewerbe- und Handwerkerhöfe entwickeln**, **Nutzung von alternativen Antrieben im innerstädtischen Gütertransport** sowie der **Einsatz von Standortmanagement in Industrie- und Gewerbegebieten**.
- Die **Strategiekarte** des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (IStEk) definiert Standorte, für die eine Neuausweisung von gewerblichen Bauflächen angestrebt wird (**Neuentwicklung von Gewerbe- und Industriestandorten**), und räumliche Bereiche, in denen die Intensität der Nutzung von Gewerbe- und Industriestandorten aktiv erhöht werden soll (**Weiterentwicklung von bestehenden Gewerbe- und Industriestandorten**).

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IStEk) trägt dazu bei, Frankfurt am Main als Wohn- und Wirtschaftsstandort mit hoher Umwelt- und Lebensqualität mittel- und langfristig weiterzuentwickeln und dem zu erwartenden Einwohnerwachstum durch eine verstetigte Wohnbaulandentwicklung angemessen begegnen zu können (M 9 Wohnbaulandentwicklung – 14.01.2014).

Der Beschluss zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept (IStEk) erfolgte nach der Zusammenarbeit von 11 Fachämtern und der Wirtschaftsförderung Frankfurt, einer Erörterung mit der Öffentlichkeit, einer folgenden Überarbeitung, einer Abstimmung innerhalb der beteiligten 6 Dezernate und einer folgenden Abstimmung innerhalb der Koalition (B 196 Integriertes Stadtentwicklungskonzept – 24.04.2020).

Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung in dreijährigem Turnus über den Umsetzungsstand der Leitprojekte und die Realisierung der Zielvorstellungen in den Schwerpunkträumen der Stadtentwicklung. Zudem legt der Magistrat in fünfjährigem Turnus die Ergebnisse eines Monitorings vor, das fortlaufend wesentliche räumliche Trends und neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung von Frankfurt am Main analysiert und nach gemeinsamer fachlicher Bewertung gegebenenfalls Fortschreibungsnotwendigkeit aufzeigt (Stadtentwicklungsbericht) (B 196 Integriertes Stadtentwicklungskonzept – 24.04.2020).

Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten / Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen

Mit einer Reihe konkreter Maßnahmen trägt das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) zu den Projekten **Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten** (Projekt 2), **Vermeidung von Nutzungskonflikten** (Projekt 3), **Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen** (Projekt 4) und **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten** (Projekt 5) des Masterplans Industrie bei.

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) definiert angestrebte **Standorttypen** zur inhaltlichen und räumlichen Bestimmung von gebietsbezogenen **Erhaltungs- und Entwicklungszielen**, die als Leitlinie für die Bauberatung ansiedlungsinteressierter und bereits ansässiger Unternehmen sowie für die Bauleitplanung dienen (Klärung planungsrechtlicher Ziele) (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Standorttypen des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms (GEP)**:**

Standorttyp	Gebiete	
Industrieparks	Industriepark Fechenheim	Industriepark Hoechst NW
	Industriepark Griesheim	Industriepark Hoechst Ost
	Industriepark Hoechst	Industriepark Hoechst Zuwachs
Hafen- und Logistikstandort	CargoCity Nord	SO Hafen Industriepark Höchs
	CargoCity Sued	SO Oberhafen
	Gutleutstraße West	SO Unterhafen
Gewerbestandort	An der Sandelmuehle	Kleyerstraße
	Am Martinszehnten	Lärchenstraße
	August-Schanz-Straße	Lorscher Straße (Zuwachsfläche)
	Berner Straße	Lorscher Straße
	Brauerei Sachsenhausen	Oberhafen Weismüllerstr
	Carbone	Rödelheim West
	Carl-Benz-Straße	Schmidtstraße
	Continental	Silostraße
	ehem. Neckermannareal	Unterhafen Intzestraße
	Guerickestraße	Wächtersbacher Straße
	Gwinnerstraße	Wilhelm-Fay-Straße
	Im Fuchsloch	Wilhelmsbader Weg (Zuwachfläche)
	Industriepark Griesheim	
	Industriepark Griesheim Ost	
Stadtteilgewerbe	Hahnstraße	Seegewann
	Heddernheimer Landstraße	Westerbachstraße
	Imkerweg	
Handelsstandort	Am Riederbruch	Kaiserlei
	Borsigallee	Karl-von-Drais-Straße
	Hanauer Landstr. Mitte	Schwanheimer Ufer
	Hanauer Landstr. Ost	
Urbanes Gewerbe / Büro	Borsigallee	Hanauer Landstraße Ost
	Colmarer Straße	Im Vogelsgesang
	Eschborner Dreieck	Industriehof
	Gutleutstraße	Kaiserlei (Zuwachsfläche)
	Gutleutstraße Ost	Unterhafen Lindleystraße
Urbanes Gebiet	Am Roemerhof	Lärchenstraße
	Gerbermuehlstraße	Roedelheimer Landstraße
	Hirtenstraße	Stierstädter Straße
	Hungener Straße	Stierstädter Straße (Zuwachfläche)
	Länderweg	Victor-Slotsch-Straße

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) unterscheidet zwischen den Standorttypen **Industriepark**, **Hafen- und Logistikstandort**, **Gewerbestandort** und **Stadtteilgewerbe**.

Die Standorttypendefinition erfolgt durch eine gegenwarts- und stichtagsbezogene Charakterisierung von Gebieten anhand zu verzeichnender Merkmale wie Nutzungszusammensetzung, Immissionsschutz, verkehrsinfrastrukturelle und mobilitätsorientierte Erschließungssituation, Bodenpreise und Bodeneigentum.

Darüber hinaus definiert das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) bestehende Industrie- und Gewerbegebiete als Standorttypen für Nutzungen, die nicht zwangsläufig auf gewerbliche Bauflächen angewiesen sind und u.a. aufgrund geringer Immissionen und hoher Bodenpreiszahlungsbereitschaft in Flächenwettbewerb zu solchen Nutzungen stehen, die auf gewerbliche Bauflächen angewiesen sind: **Handelsstandorte**, **Urbanes Gewerbe / Büro**, **Urbanes Gebiet**.

Bebauungspläne

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) strebt die **Aufstellung und Änderung von Bebauungsplänen** zur Flächensicherung an solchen Standorten an, an denen Betriebe nicht durch die erforderlichen Festsetzungen des Immissionsschutzes oder anderer Fachrechte zusätzlich eingeschränkt werden, u.a.: **Gallusviertel** (Schmidtstraße), **Griesheim** (Lärchenstraße), **Gutleutviertel** (Gutleutstraße), **Höchst** (Zuwachsfläche Industriepark Höchst Süd), **Ostend** (Unterhafen Intzestraße, Unterhafen Lindleystraße), **Rödelheim** (Rödelheim West, Seegewann, Lorscher Straße, Zuwachsfläche Lorscher Straße) und **Seckbach** (Gwinnerstraße, Borsigallee, Borsigallee Nord). Die Steuerungsmöglichkeiten sind in Gebieten sehr begrenzt, in denen sich bereits zahlreiche unterschiedliche Nutzungen eingestreut haben (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Aufmerksamkeitszonen

Eine Sicherung bestehender Gewerbe- und Industriestandorte sowie eine Gewährleistung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse sollen im Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) auch durch sogenannte **Aufmerksamkeitszonen** erreicht werden mit einer pauschalen Veranschlagung von Abständen von 100 Metern rund um Gewerbestandorte, 300 Metern rund um Hafen- und Logistikstandorte und 500 Meter rund um Industriestandorte. Die Aufmerksamkeitszonen sollen einen Hinweis geben auf das bauplanungsrechtliche Rücksichtnahmegebot bei der Planung und Genehmigung von Wohnnutzungen im direkten Umfeld von Industrie-, Hafen- und Logistik- sowie Gewerbestandorten (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Bereits mit der **Vereinbarung zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie in Frankfurt am Main** wurde eine bedeutende Maßnahme zur Sicherung bestehender Gewerbe- und Industriestandorte geschaffen. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 19.03.2018 im Römer stellten Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadtrat Mike Josef, Dezernent für Planen und Wohnen, Stadtrat Markus Frank, Dezernent für Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr, Jürgen Vormann, Vorsitzender der Fachvereinigung Chemieparks im Verband der chemischen Industrie (VCI) und Vorsitzender der Geschäftsführung der Infraserv Höchst, sowie weitere Vertreter der Industrieparks die zwischen der Stadt Frankfurt am Main und Unternehmen des Industrieparks Höchst, des Industrieparks Griesheim und des Industrieparks Allessa in Fechenheim getroffene Vereinbarung zur Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie in Frankfurt am Main vor.

Die Vereinbarung definiert im Einklang mit den Handlungsempfehlungen des Masterplans Industrie einen **Mindestabstand von 500 Metern**, der künftig zwischen den Industrieparks und neuen Schutzobjekten im Sinne der Seveso-III-Richtlinie gewahrt werden soll. Damit trägt die Vereinbarung zu einer **beiderseitigen Planungssicherheit für betriebliche und städtebauliche Entwicklungsvorhaben** wie auch zur **gegenseitigen Akzeptanz** bei und verbessert eine **zukünftige Ansiedlung von Betrieben in den Industrieparks**. Die Frankfurter Vereinbarung besitzt in Deutschland Vorbildcharakter für andere Industrie- und Chemiestandorte im städtischen Raum.

Die Vereinbarung folgt den **Leitlinien des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe** (RfEk) - u.a. Potenziale der Innenentwicklung zu sichern, Potenziale der Industrieparks zu nutzen und Einschränkungen der Flächenverfügbarkeit zu überwinden - und trägt zur Umsetzung der Projekte **Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten** (Projekt 2), **Vermeidung von Nutzungskonflikten** (Projekt 3), **Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen** (Projekt 4), **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten** (Projekt 5) und **Unterstützung der Ziele in weiteren Handlungsfeldern** (Projekt 9) bei.

Die Stadt Frankfurt am Main teilte im Mai 2021 gegenüber den Vertragspartnern aus dem Industriepark Griesheim mit, die Vereinbarung aufgrund der mittlerweile grundlegend geänderten Verhältnisse im Industriepark Griesheim kündigen zu wollen. Die zuvor ansässigen Störfallbetriebe wurden 2019 stillgelegt und eine Wiederinbetriebnahme oder Neuansiedlung von Störfallbetrieben gilt aufgrund der heutigen Sicherheitsanforderungen und der integrierten Lage des Standorts als nicht genehmigungsfähig.

Entwicklungsräume

Die Abgrenzung ausgewählter **Entwicklungsräume** vorwiegend im Innenbereich soll aufgrund eines hohen interdisziplinären Abstimmungsbedarfs bei der Weiterentwicklung von Industrie- und Gewerbegebieten über die üblichen Verfahren städtebaulicher Rahmenpläne und der Bauleitplanung hinaus erfolgen. Die Stadtplanung strebt damit eine Beteiligung verschiedener Fachdisziplinen zur Zusammenführung von Entwicklungsvorstellungen und Ideen zur zukünftigen Entwicklung der Standorte, zur Nachverdichtung und zur Erarbeitung einer Basis für die spätere Umsetzung formeller Planungen in Industrie- und Gewerbegebieten an.

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) erkennt mögliche Entwicklungsräume, die sich aufgrund erheblicher Flächenpotenziale oder komplexer Problemlagen durch einen hohen Handlungsbedarf auszeichnen, aktuell in **Fechenheim** (Industriepark Allessa, Hanauer Landstraße Ost, Mainkur, Adam-Opel-Straße) und **Griesheim** (Industriepark Griesheim, Fritz-Klatte-Quartier, Lärchenstraße, Eichenstraße). Der Entwicklungsraum Rödelheim umfasst Standorte in **Rödelheim** (Rödelheim West, Seegewann, Lorscher Straße, Lorscher Straße (Zuwachsfläche), Continental, Guerickestraße) und **Sossenheim** (Wilhelm-Fay-Straße, Westerbachstraße, Eschborner Dreieck) mit einem zentralen Entwicklungshemmnis einer zu verbessernden Autobahnanbindung (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) empfiehlt darüber hinaus u.a. eine koordinierte Entwicklungsstrategie für den gesamten Osthafenbereich südlich der Hanauer Landstraße und Entwicklungskonzepte für weitere Gebiete zur Aktivierung der beträchtlichen Gewerbeflächenpotenziale im Frankfurter Osten.

Standortmanagement

Die Einrichtung von Standortmanagements stellt einen Schlüssel für die Entwicklung von Bestandsgebieten dar, da durch die direkte Ansprache von Unternehmen und Eigentümern vor Ort Probleme identifiziert und gemeinsam aktiv angegangen werden können. Als wesentliche **Einflussmöglichkeiten** und **Aufgaben eines Standortmanagements** nennt das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) die Entwicklung von Standortvision und Standortentwicklungsstrategie sowie die Koordination eines Flächen- und Leerstandsmanagements wie auch eine Vernetzung der Akteure vor Ort zur Aktivierung von Synergien, eine Initiierung einer Standortinitiative zur Steigerung des Engagements, eine Qualifizierung, Profilierung und Außendarstellung des Standortes, eine Vermittlung zwischen Behörden und Unternehmen, eine Koordinierung von Standortmaßnahmen, eine Bereitstellung von Leistungsangeboten für die Betriebe in den Industrie- und Gewerbegebieten und eine Evaluierung bisheriger Entwicklungsmaßnahmen (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

In der nächsten Zeit sollen in Frankfurt am Main nach Sondierung und Bewertung möglicher Standorte eine Etablierung und Einrichtung weiterer Standortmanagements zur strategischen Weiterentwicklung ausgewählter Gewerbegebiete vollzogen werden. Die Erfahrungen aus dem Standortmanagement im Nachhaltigen Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach dienen der Entwicklung eines ganzheitlichen Ansatzes (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020; M 168 Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebietes: Gewerbegebiete Fechenheim Nord und Seckbach nachhaltig weiterentwickeln – 09.10.2015).

Das Standortmanagement stellt eine konzeptbasierte, an den Zielen des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEk) und des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms (GEP) ausgerichtete Gewerbegebietsentwicklung mit Hilfe unterschiedlicher Instrumente dar. Die Ziele erfordern ein sowohl gesamtstädtisches wie auch ein auf einzelne Gewerbegebiete bezogenes Vorgehen durch **Gewerbeflächenmonitoring** (Projekt 8), **Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten** (Projekt 2), **Vermeidung von Nutzungskonflikten** (Projekt 3), **Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen** (Projekt 4), **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten** (Projekt 5), **Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft** (Projekt 6), **Schaffung von Entwicklungsmöglichkeiten für das Stadtteilgewerbe** (Projekt 7) und der **Neuentwicklung und Weiterentwicklung von Gewerbe- und Industriestandorten** auf der Grundlage des **Flächensicherungskonzepts** (Projekt 1) (= Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms (GEP)) (siehe auch Beschluss der StVV: Konzepterstellung für die Einrichtung eines Standortmanagements für mehr Qualität und gegen Leerstand in Industrie- und Gewerbegebieten (NR 422 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN – 16.11.2017)). Die Wirtschaftsförderung Frankfurt erarbeitet gegenwärtig ein **Konzept für die Einrichtung von Standortmanagements in Frankfurter Industrie- und Gewerbegebieten**, das in enger Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt und weiteren städtischen Ämtern konkretisiert werden soll, und evaluiert unterschiedliche Gewerbegebiete auf ihre Strukturen und Bedarfe (B 222 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 28.05.2021; B 686 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 18.12.2020; B 9 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 17.01.2020; Stellungnahme des Magistrats ST 2206 Fragen zur Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 02.12.2019).

Mit dem **Leitprojekt „Standortmanagement in Industrie- und Gewerbegebieten einsetzen“** strebt das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IStEk) eine nachhaltige Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten im Dialog mit Immobilieneigentümern und ortsansässigen Betrieben und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren vor Ort an. Die positiven Erfahrungen aus dem Prozess „Nachhaltiges Gewerbegebiet“ sollen für andere Gebiete in Frankfurt am Main genutzt werden (M 105 Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten - urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept – 05.08.2019).

Weitere Maßnahmen zur Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten und Aktivierung von Flächenpotenzialen

Die Projekte **Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen** (Projekt 4) sowie die **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten** (Projekt 5) befinden sich ergänzend zu den vorgesehenen Arbeitsschritten im Rahmen des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms (GEP) gebiets- und unternehmensbezogen mit Einzelmaßnahmen in der Bearbeitungsphase, u.a. im Rahmen des **Modellprojekts Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach** und weiteren Gebieten in **Fechenheim** (Carl-Benz-Straße), **Griesheim** (Griesheim-Mitte, Industriepark Griesheim), **Kalbach** (Carbone), **Ostend** (u.a. Oberhafen), **Sossenheim** (Wilhelm-Fay-Straße), **Seckbach** und **Rödelheim** (Eschborner Landstraße). Die **Stadt Frankfurt am Main** besitzt direkte Einflussmöglichkeiten auf die Gebietsentwicklung und Flächennutzung, sofern die **Flächen in städtischem Eigentum** liegen, z.B. in Sossenheim (Gewerbegebiet Wilhelm-Fay-Straße), und nutzt diese in begründeten Fällen zu gezielten Grundstücksverkäufen (z.B. Druckhaus Kurz, Hagleitner Hygiene International, Mando Corporation Europe, Otto Glöckler, Schluckspecht Getränke, Süwag Energie).

- Maßnahmen zur Flächensicherung betreffen insbesondere auch den **Frankfurter Osthafen** (M 204 Sicherung des Osthafens 2050+ – 01.11.2013) im **Ostend**. Der Entfaltung industrieller Nutzung und der Investitions- und Planungssicherheit der im Osthafen ansässigen Industriebetriebe sollte angesichts der vorgesehenen Errichtung eines Hotels einschließlich Boardinghouse auf dem Molenkopf am Frankfurter Osthafen (Stellungnahme des Magistrats ST 1925 Hotel auf der Mole – 30.09.2019) sowie der öffentlich geführten Debatte über eine zukünftige Nutzung des „Raab-Karcher-Geländes“ und weiterer zu erwartender Strukturveränderungen eine erhöhte Aufmerksamkeit entgegengebracht werden (Stadtverordnetenversammlung (StVV) Fragestunde 05.12.2019, F 2293 Mietvertrag mit der am Osthafen ansässigen Firma Raab-Karcher; Fragestunde 25.06.2020, F 2645 Regelmäßig seit Jahrzehnten will die SPD die Industrieareale Osthafen ganz oder teilweise dem Wohnungsbau zuschlagen).
- Im März 2021 kündigte das seit 1916 in Frankfurt ansässige Traditionsunternehmen **Samson** an, seinen Standort aus dem Ostend zu verlagern und ein rund 14 Hektar großes Teilgrundstück in Offenbach erworben zu haben, das von der Entwicklungsgesellschaft INNO Innovationscampus Offenbach bereitgestellt wird. Das im November 2017 eröffnete Rolf Sandvoss Innovation Center des Industrieunternehmens auf einem rund 0,4 Hektar großen Grundstück verbleibt am bisherigen Standort im Ostend. Der Magistrat der Stadt Frankfurt hatte das Gewerbegebiet Oberhafen gemeinsam mit dem Industrieunternehmen strategisch weiterentwickeln wollen, z.B. durch Grundstückserwerb und Verlagerung ansässiger Betriebe, und bedauert die getroffene Entscheidung sehr. Ein alternativer Standort in Frankfurt am Main konnte aufgrund nicht verfügbarer Gewerbeflächen in Frankfurt am Main nicht angeboten werden. Das Gebiet

soll auch in Zukunft für produzierende Industrie erhalten bleiben. Die möglichen Flächenpotenziale und der gegebene Handlungsbedarf qualifizieren das Gewerbegebiet Oberhafen als einen möglichen Entwicklungsraum.

- Die zukünftige **Entwicklung des Industrieparks Griesheim** steht weiterhin im besonderen öffentlichen Interesse. Der Spezialchemiekonzern **Clariant** hat rund 54 Hektar seines Standorts in Griesheim zum 01.01.2020 langfristig an den Berliner Immobilienentwickler **BEOS** (**Swiss Life Asset Managers**) verpachtet, der die eigenständige Entwicklung und notwendige Infrastrukturleistung erbringt. Die Standortentwicklung soll in enger Abstimmung mit der Stadt Frankfurt am Main erfolgen (Etat-Antrag EA 59 Kommunikationskonzept für Industrieparks erweitern – 16.03.2018). Die Stadt Frankfurt am Main führt die Gespräche mit den Pächtern BEOS und SGL Carbon fort, um den Industriepark Griesheim gemäß den Leitlinien des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEK) im Rahmen des Masterplans Industrie zielorientiert zu entwickeln, u.a. zur Sicherung von Flächen für das produzierende Gewerbe. Ein Entwicklungskonzept befindet sich in Arbeit (B 57 Industriepark Griesheim: Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe so, dass Seveso-Richtlinie nicht mehr angewendet werden muss – 08.02.2021).
- Im **Gebiet Griesheim-Mitte** (u.a. Gewerbegebiet Mainzer Landstraße West) wurde im April 2019 ein **Quartiers- bzw. Stadtumbaumanagement** eingerichtet und zwischenzeitlich die Einrichtung eines Standortmanagements nach dem Vorbild des Standortmanagements Fechenheim-Nord/Seckbach in einem kooperativen Prozess mit dem Standortentwickler BEOS des Industrieparks Griesheim und unter Nutzung der Erfahrungen aus dem Standortmanagement im Nachhaltigen Gewerbegebiet Fechenheim-Nord/Seckbach angestrebt. Das Standortmanagement soll nun in seiner bisherigen Form weitergeführt werden (B 222 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 28.05.2021; B 686 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 18.12.2020; B 9 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 17.01.2020).

  Das **Gebiet Griesheim-Mitte** war im November 2016 in das **Bund-Länder-Programm Stadtumbau in Hessen** aufgenommen worden, das unmittelbar an die Ziele und die Umsetzung des Städtebaulichen Entwicklungskonzepts Griesheim - nördlich der Bahn anknüpfte (M 218 Städtebauliches Entwicklungskonzept „Griesheim - nördlich der Bahn“ – 18.11.2013). Das Gebiet umfasst vorläufig eine Fläche von etwa 128 Hektar, zählt etwa 8.000 Einwohner sowie rund 160 Betriebe mit rund 3.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vorwiegend im Groß- und Einzelhandel und in geringem Maße im produzierenden Gewerbe.

  Die bisher verfolgten Ziele sollen vertieft und weiterentwickelt werden, z.B. Entflechtung von „störenden“ Gemengelagen zur Förderung der Wohnnutzung, Sicherung gewerblich nutzbarer Flächen, Aktivierung vorhandener Freiraumpotenziale, Schaffung neuer bzw. Verbesserung bestehender Freiraumverbindungen, Verbesserung der Verkehrsräume und von Möglichkeiten der klimatischen sowie energetischen Quartierserneuerung. Ein dringender Handlungsbedarf wird vor allem in der Verbesserung der Wohnfunktion des Gebiets gesehen.

  An dem bestehenden Standortmanagement des Gewerbegebietes sind das Stadtplanungsamt in koordinierender Funktion, sowie die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesell-

schaft (DSK) als Projektsteuerin, die Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung (BSMF) als Quartiersmanagerin und die Wirtschaftsförderung in der Gewerbeberatung und im Stadtteilmanagement beteiligt. Ein Netzwerk aus mittelständischen Unternehmen zur Kommunikation über die Projektfortschritte im Gewerbegebiet gründete sich Anfang 2020 (B 686 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 18.12.2020; B 9 Einrichtung eines Standortmanagements im Gewerbegebiet Griesheim-Mitte unter Einbeziehung des Industrieparks Griesheim – 17.01.2020; Etat-Antrag E 70 Einrichtung eines Standortmanagement – 25.01.2019).

- In einer Reihe an Gewerbegebieten übernehmen **Immobilienkonzerne** bzw. **Projektentwickler** die Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen: In Rödelheim (Gewerbegebiet Eschborner Landstraße) entwickelt **Segro Germany** rund 14,5 Hektar durch die Schaffung flexibler Mieteinheiten von 0,1 bis 1,5 Hektar, die ab 2020 bezogen werden sollen. **Aurelis Real Estate** entwickelt im Nachhaltigen Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach rund 4,3 Hektar. **OSWE Real Estate** (**Sinpas**) entwickelt rund 24 Hektar auf dem ehemaligen „Neckermann-Areal“ in Fechenheim. Im Februar 2020 wurde ein Grundstückserwerb von rund 10,7 Hektar der OSWE Real Estate (Sinpas) durch **Interxion** auf dem „Neckermann-Areal“ bekannt gegeben. Die Entwicklung von rund 54 Hektar im Industriepark Griesheim übernahm zum 01.01.2020 der Immobilienentwickler **BEOS** (**Swiss Life Asset Managers**).
- Eine Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen erfolgt verstärkt durch **Rechenzentrumsbetreiber**, z.B. Neubau von Rechenzentren der **E-Shelter Services** in Rödelheim (Gewerbegebiet Eschborner Landstraße), **Interxion Deutschland** im Ostend (Gewerbegebiet Oberhafen), **Equinix** in Griesheim (Gewerbegebiet Mainzer Landstraße West) und Seckbach (Gewerbegebiet Gwinnerstraße), **Global Switch** in Rödelheim (Gewerbegebiet Eschborner Landstraße), **Telehouse Deutschland** im Gallus (Gewerbegebiet Kleyerstraße) und **Zenium Germany** in Sossenheim (Gewerbegebiet Wilhelm-Fay-Straße).
- Mit der **Sinn Spezialuhren** in Sossenheim und **Glasbau Hahn** in Seckbach sowie dem Hersteller von Abhängesystemen **Reutlinger** haben traditionsreiche und weltweit tätige Unternehmen ihren Firmensitz in Frankfurt am Main nach Umzug beibehalten und tragen als Betriebe des verarbeitenden Gewerbes beispielhaft zu einer Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen in den Gebieten bei. Die **Flint Group** veräußert rund 3,8 Hektar Betriebsflächen in Rödelheim (Gewerbegebiet Eschborner Landstraße).
- Die Überlegungen zur **Verbesserung der verkehrlichen Anbindung** in **Rödelheim** und **Sossenheim** an das **Autobahnnetz** werden seit Längerem in engem Zusammenhang mit der anstehenden Planung für einen Ausbau des Nordwestkreuzes geführt (B 365 Sossenheim: Die Gewerbegebiete "Wilhelm-Fay-Straße" und "Gaugrafenstraße" endlich an die Autobahn anbinden – 16.11.2018). Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) sieht einen Entwicklungsraum Rödelheim vor, in dem zwar erhebliche Flächenpotenziale vorhanden sind, ein zentrales Entwicklungshemmnis allerdings in den schwierigen Verkehrsbeziehungen besteht. Sollte eine Verbesserung der Autobahnanbindung trotz erneuter Initiative der Stadt Frankfurt am Main bei Land und Bund für **Verkehrsmaßnahmen** weiter ohne klare zeitliche Perspektive bleiben, sind in einem städtebaulichen Konzept Zielvorstellungen und gewerbliche Nutzungsmöglichkeiten vertieft zu klären (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020.

Modellprojekt Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach

Das Modellprojekt befindet sich seit dem Stadtverordnetenversammlungsbeschluss im Dezember 2015 in der Umsetzungsphase (B 156 Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebietes: Gewerbegebiete Fechenheim-Nord und Seckbach nachhaltig weiterentwickeln – 10.06.2016). Das Nachhaltige Gewerbegebiet umfasst rund 186 Hektar große Industrie- und Gewerbegebiete in Fechenheim-Nord und Seckbach mit rund 550 ansässigen Unternehmen und über 7.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Wirtschaftsförderung Frankfurt (2021): 5 Jahre Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach. Ergebnisbericht zum Pilotprojekt, Frankfurt am Main).

Es wurden Mittel in Höhe von 1,3 Millionen Euro für das Modellprojekt bereitgestellt, das bis Ende Dezember 2018 auch mit 150 000 Euro aus dem **Forschungsprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“** (ExWoSt) von Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI) gefördert wurde. Ein Bericht des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) vom Mai 2020 fasst die Ergebnisse des Förderprojekts zusammen.

Im Rahmen des Modellprojekts verfolgen Wirtschaftsförderung Frankfurt und **Energiereferat** gemeinsam u.a. folgende Maßnahmen: Einrichtung eines Quartiersbüros, Bündelung von Beratungs- und Fördermöglichkeiten, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Profilierung und Außendarstellung des Standortes, Unterstützung bei der Etablierung einer Standortinitiative, Erarbeitung und Umsetzung eines gebietsbezogenen Energiekonzepts, Umsetzung eines operativen Flächen- und Leerstandsmanagements, Initiierung eines betrieblichen Mobilitätsmanagements, Vernetzung der Akteure vor Ort zur Aktivierung von Synergien (s.u. Handlungsfeld Energie).

Die folgenden **Maßnahmen** wurden u.a. umgesetzt:

- Einrichtung eines Standortmanagements bestehend aus Standortmanager (Oktober 2016) und Klimaschutzmanager (Januar 2017). Die beiden Stellen wurden verlängert.
- Durchführung von sechs „Unternehmerwerkstätten“ (Juni 2017 bis April 2018)
- Fertigstellung Klimaschutzteilkonzept und Etablierung von Energieeffizienzberatung und Photovoltaikberatung (November 2017)
- Initiierung der Standortinitiative FFN (FrankFurter Osten Nachhaltig) durch 30 Gründungsmitglieder mit aktuell über 50 Mitgliedern (Juni 2021)
- Einrichtung einer neuen Projekthomepage „frankfurter-osten.de“ (Dezember 2018)
- Einheitliche Gebietsbeschilderung mit FFN-Logo (Frankfurter Osten Nachhaltig) (Juni 2019)
- Verlängerung des Erbbaurechts für das von dem Karosseriebauunternehmen Carl Friederichs genutzte Grundstück in der Schlitzer Straße (Mai 2020)
- Ausbau des Glasfasernetzes durch die Deutsche Glasfaser mit Anschluss von über 350 Unternehmen (ab Mitte 2020)
- Unternehmensbefragung durch Wirtschaftsförderung, Energiereferat und Standortinitiative FFN e.V. u.a. zu wichtigen Themen, Unterstützung durch das Standortmanagements und Investitionsplänen (Sommer 2020)

- Beratung von zwölf Unternehmen bei der Einführung von Elektromobilität in der alltäglichen Anwendung (ab März 2021)
- Start der neuen Veranstaltungsreihe „Digitaler Info-Lunch“ im Rahmen des fünfjährigen Bestehens des Pilotprojekts Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach (Mai 2021).

Das im März 2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene und durch die „Nationale Klimaschutzinitiative“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) geförderte **Klimaschutzteilkonzept** für das Nachhaltige Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach soll Potenziale für überbetriebliche Klimaschutzaktivitäten und Kooperationen im nachhaltigen Wirtschaften am Standort analysieren und geeignete Umsetzungsmaßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes identifizieren, um eine 80-95-prozentige CO2-Einsparung bis 2050 zu erreichen. Das Klimaschutzteilkonzept sieht die vier „Hot-Spots“ Rechenzentren & Machbarkeitsstudie, Mobilität, Grüne Wärmeader und Demonstrationsvorhaben als räumlich abgegrenzte Handlungsschwerpunkte vor. Im Rahmen des Projektes erfolgt eine Prüfung der Übertragbarkeit der Erfahrungen und Ergebnisse aus dem Nachhaltigen Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach auf weitere nachhaltige Gewerbegebiete in Frankfurt am Main (M 22 Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord und Seckbach – Klimaschutzteilkonzept – 01.02.2021).

Pilotprojekt „Nullemissions-Gewerbepark“

Eine Konkretisierung erfährt das Projekt **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten** (Projekt 5) mit dem in das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) aufgenommenen neuen Projekt einer Initiierung eines Pilotprojekts zur Realisierung eines „Nullemissions-Gewerbeparks“, die unter Berücksichtigung des Masterplans 100% Klimaschutz der Stadt Frankfurt am Main zunächst in einer Machbarkeitsstudie u.a. hinsichtlich der Entwicklungskosten und der stadtökonomischen Auswirkungen, der Nutzung erneuerbarer Energien und der Nutzung von Abwärme, der Etablierung von Prozessen der Kreislaufwirtschaft, des Einsatzes von integralen Mobilitätskonzepten sowie des Beitrags zur Steigerung der Standortattraktivität für Industrie und Gewerbe erfolgen soll (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Neue Gewerbegebiete

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) beauftragt den Magistrat zur Entwicklung neuer Gewerbegebiete und sieht zur Deckung des Gewerbeflächenbedarfs die Entwicklung mindestens eines Gewerbegebietes vor.

Die Leitlinien des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEk) bilden auch bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete einen Orientierungsrahmen, darunter auch die Leitlinie „Beeinträchtigungen der Umwelt vermeiden“ (Leitlinie 7, RfEk), die der Gewerbeflächenentwicklung einen Beitrag zur nachhaltigen und klimagerechten Entwicklung beimisst und eine Verstetigung der nachhaltigen Gewerbegebietsentwicklung vorsieht. Eine Konkretisierung nimmt das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) mit der Benennung eines dezernatsübergreifend zu prüfenden neuen Gewerbegebietes „Züricher Straße“ in Nieder-Eschbach vor (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

In **Fechenheim** an der Stadtgrenze zu Maintal werden weitere planungsrechtliche Grundlagen für die Ausweisung von gewerblichen Bauflächen geschaffen, um eine Neuansiedlung von Gewerbebetrieben zu ermöglichen und die Gewerbeflächenverfügbarkeit zu erhöhen (B-Plan 921 Südlich

Wilhelmsbader Weg). Die Wirtschaftsförderung Frankfurt beteiligt sich an der Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt zur Bebauungsplanerstellung zu dem rund 5 Hektar großen **Gewerbegebiet Südlich Wilhelmsbader Weg** (siehe Bericht des Magistrats B 247 Es geht um die Wurst - Die Großmetzgerei Wilhelm Brandenburg muss in Frankfurt bleiben! – 08.07.2017, Bebauungsplan Nr. 921 - Gewerbegebiet Südlich Wilhelmsbader Weg; hier: Aufstellungsbeschluss – in Vorbereitung).

Wirtschaftsflächenkonzept

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) strebt künftig über das produzierende Gewerbe hinaus auch eine Definition und konzeptionelle Fassung der relevanten Nutzungskategorien des Spektrums der wirtschaftsbezogenen Flächenanforderungen und -bedarfe an (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Damit kann das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) u.a. einen weiteren Beitrag zur Stärkung des Netzwerks aus Industrie und industrienahen Dienstleistungen und zur Strukturvielfalt der Industrie als vordringliche Ziele des Masterplans Industrie leisten. Der Masterplan Industrie fasst die Industrie als ein „Netzwerk aus produzierendem Gewerbe und industrienahen Dienstleistungen entlang von Wertschöpfungsketten, z.B. Produktion, Forschung und Entwicklung, Logistik, Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, Bildung und industrienahe Wissenschaft, Vertrieb und weiteren verbundenen Wirtschaftszweigen (…) Die Industrie schließt das verarbeitende Handwerk mit ein“ (Masterplan Industrie, Präambel, S. 4).

Darüber hinaus bietet die Erstellung eines Wirtschaftsflächenkonzepts weitere Möglichkeiten zur Umsetzung des Projekts **Perspektiven für das Stadtteilgewerbe** (Projekt 7).

Industriestraßenprogramm

Im Rahmen des Industriestraßenprogramms erfolgt eine grundhafte Sanierung und Erneuerung von Straßen in Industrie- und Gewerbegebieten, um eine funktionale und gestalterische Aufwertung des Umfeldes ansässiger Unternehmen sowie die Festigung und Weiterentwicklung der Stadt Frankfurt am Main als Industrie- und Gewerbestandort zu erreichen. Das Gesamtinvestitionsvolumen soll bei etwa 75 Millionen Euro liegen, z.B. im Ostend (Oberhafen, Unterhafen), Fechenheim (Gewerbegebiet Carl-Benz-Straße), Seckbach (Gwinnerstraße), Nieder-Eschbach (Nieder-Eschbach) (B 342 Programm „Sanierung von Industriestraßen" (Planungs- und Baumittel) – 23.10.2017).

Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft

Die Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft im Rahmen der städtischen Liegenschaftspolitik (Projekt 6) wurde als Leitprojekt im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (IStEk) und im Flächensicherungskonzept (Projekt 1) (= Fortschreibung des Gewerbeflächenentwicklungsprogramms (GEP)) verankert und befindet sich weiterhin in der Konzeptphase. Es soll geprüft werden, ob diese im Rahmen eines Konzepts für die Einrichtung von Standortmanagements in Frankfurter Industrie- und Gewerbegebieten erfolgen kann. Die Wirtschaftsförderung Frankfurt steht mit unterschiedlichen möglichen Projektpartnern in Vorgesprächen. Es soll ein Zwischenerwerb von geeigneten Grundstücken durch eine Entwicklungsgesellschaft geprüft werden, damit Unternehmen unabhängig vom Marktverhalten Dritter flexibel und zeitnah mit Industrie- und Gewer-

beflächen versorgt werden können. Die Entwicklungsgesellschaft soll den Erwerb, die Entwicklung, die Bewirtschaftung und die Vermarktung z.B. von Schlüsselgrundstücken, Problemliegenschaften oder Gewerbegebieten insbesondere in Entwicklungsräumen und in Gewerbegebieten mit Standortmanagement durchführen. Es soll auch geprüft werden, ob bestehende Gesellschaften der Stadt Frankfurt am Main (z.B. ABG Frankfurt Holding, KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft, Wirtschaftsförderung Frankfurt) genutzt werden können (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020; M 105 Frankfurt 2030+: Wachstum nachhaltig gestalten – urbane Qualitäten stärken. Integriertes Stadtentwicklungskonzept – 05.08.2019).

Perspektiven für das Stadtteilgewerbe

Das Projekt **Perspektiven für das Stadtteilgewerbe** (Projekt 7), z.B. durch die Errichtung von Handwerker- und Gewerbehöfen und Innovationsquartieren, befindet sich in der Konzeptphase.

Das Kompetenzzentrum Industrie erstellte im Februar 2018 gemeinsam mit weiteren Abteilungen der Wirtschaftsförderung Frankfurt ein **Konzept** für ein **„Frankfurter Programm zur Errichtung von Handwerkerhöfen zur Stärkung des Stadtteilgewerbes“**.

Bei einem Handwerker-/Gewerbehof handelt es sich um ein häufig mehrgeschossiges und durch ein einheitliches Management organisiertes Gebäude, in dem kleine und mittlere Betriebe Flächen längerfristig anmieten können, die auch geräuschintensives Arbeiten zulassen. Zur Ausstattung gehören stets mehrere Lastenaufzüge, die auch schwere Maschinen und Gerätschaften in den oberen Stockwerken ermöglichen. Handwerker-/Gewerbehöfe finden sich regelmäßig in kundennahen, infrastrukturell gut erschlossenen und stadtteilnahen Lagen.

Eine Arbeitsgruppe mit der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main (HWK) und der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (IHK) begleitete seit August 2019 eine gemeinsam finanzierte **Bedarfsanalyse zur Errichtung von Handwerker-/Gewerbehöfen in Frankfurt am Main**, die vom CIMA Institut für Regionalwirtschaft im Auftrag der Wirtschaftsförderung Frankfurt erstellt wurde (B 196 Zeitgemäße Tradition – Errichtung eines Handwerkerhofes in Frankfurt am Main – 17.05.2019). Im Rahmen einer Unternehmensbefragung waren seit Juli 2019 mehr als 5.200 Handwerks- sowie weitere stadtteilorientierte Betriebe des Dienstleistungs- und verarbeitenden Gewerbes u.a. zu Standortzufriedenheit, Entwicklungsmöglichkeiten und -hemmnissen an den derzeitigen Betriebsstandorten sowie betrieblichen Flächenbedarfen und Standortanforderungen angefragt worden.

Die Ergebnisvorstellung der Bedarfsanalyse zur Errichtung von Handwerker-/Gewerbehöfen in Frankfurt am Main fand am 28.07.2020 im Rahmen einer Pressekonferenz bei der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main statt. Die Studie berechnet ein voraussichtliches Potenzial von 329 Betrieben mit Sitz in Frankfurt am Main (Hochrechnung) und 326 Betrieben aus dem Frankfurter Umland (Modellrechnung), die an einem Handwerker-/Gewerbehof als Betriebsstandort Interesse haben könnten, und leitet einen Bedarf für mehrere Handwerker-/Gewerbehöfe dezentral an mehreren verkehrlich gut angebunden Standorten in räumlichem Zusammenhang mit den Stadtteilen ab (CIMA Institut für Regionalwirtschaft (2020): Bedarfsanalyse: Errichtung von Handwerker- / Gewerbehöfen in Frankfurt am Main, Hannover).

Die **HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt** soll ein Gebäude mit etwa 10.000 Quadratmetern vermietbarer gewerblicher Fläche auf vier bis fünf Stockwerken auf einem zentral gelegenen Grundstück errichten, bewirtschaften und vermieten (M 202 Änderung der Betriebssatzung der Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main - 14.12.2020).

Gewerbeflächenmonitoring

Eine aktive Gewerbeflächenpolitik erfordert eine fortlaufende qualifizierte Einschätzung der Gewerbeflächenkulisse sowie der Entwicklung des Gewerbeflächenangebots und -bedarfs durch ein **Gewerbeflächenmonitoring** (Projekt 8), das eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung gewerblich-industrieller Entwicklungsmöglichkeiten in Frankfurt am Main bildet.

Das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) sieht eine Zusammenfassung der Entwicklung von Gewerbeflächenbedarf und Gewerbeflächenpotenzialen sowie der Fortschritte bei der Umsetzung des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEk) in einem regelmäßigen Monitoringbericht vor, der zur Diskussion gestellt werden soll, um auf dieser Basis das Konzept aktuell zu halten. Das Gewerbeflächenmonitoring sollte in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt konzipiert und eingeführt werden.

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IStEk) sieht einen Bericht des Magistrats über die Ergebnisse eines Monitorings alle fünf Jahre vor, das fortlaufend wesentliche räumliche Trends und neue Herausforderungen für die Stadtentwicklung von Frankfurt am Main analysiert und nach gemeinsamer fachlicher Bewertung gegebenenfalls Fortschreibungsnotwendigkeit aufzeigt (Stadtentwicklungsbericht). Das Gewerbeflächenmonitoring bildet ein Leitprojekt im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (IStEk) (B 196 Integriertes Stadtentwicklungskonzept – 24.04.2020) (s.o. **Flächensicherungskonzept**, Projekt 1).

Das Kompetenzzentrum Industrie erfasst gemeinsam mit Abteilungen der Wirtschaftsförderung Frankfurt den **Wegfall von Gewerbeflächen** und **Verlust der Vielfalt an Gewerbegebietsstandorten**, z.B. **Bockenheim** (Am Römerhof, Südlich Rödelheimer Landstraße), **Gallusviertel** (Kleyerstraße), **Griesheim** (Mainzer Landstraße West), **Gutleutviertel** (Gutleutstraße), **Harheim** (Harheim), **Hausen** (Im Vogelsgesang), **Heddernheim** (An der Sandelmühle), **Kalbach** (Carbone) **Nieder-Erlenbach**, (Nieder-Erlenbach), **Nordend** (Hungener Straße), **Ostend** (Unterhafen, Hanauer Landstraße West) und **Rödelheim** (Eschborner Landstraße) und strebt gemeinsam ein strukturiertes Gewerbeflächenmonitoring an. Die Wirtschaftsförderung Frankfurt schätzt aufgrund der Erfahrungen aus der Bestandspflege die in den letzten Jahren durch Umwandlung von Gewerbegebieten in Gebiete anderer Nutzung betroffenen Flächen auf mehrere Dutzende Hektar. So stehen seit 2015 mindestens 28 Hektar ehemals zielkonform genutzte Gewerbe- und Industrieflächen nicht mehr für gewerbliche Zwecke zur Verfügung. Ein adäquater Ersatz konnte nicht geschaffen werden. Die Flächen für Industrie und Gewerbe schrumpften nach Angaben der amtlichen Statistik von 2014 bis 2019 um rund 70 Hektar auf 2.154 (2014: 2.224) Hektar, während die Siedlungsfläche insgesamt um rund 88 Hektar auf 9.377 (2014: 9.289) Hektar wuchs (Stadt Frankfurt am Main, Amt für Statistik, 2020). Der Anteil der Flächen für Industrie und Gewerbe an der Siedlungsfläche insgesamt sank auf 23,0 (2014: 23,9) Prozent.

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) benennt als **Standorttyp Urbanes Gebiet** solche gewerbliche Bestandsgebiete, die unter Vorbehalt als Mischbaufläche umgewidmet werden sollen. Ein Verbleib von 50 Prozent gewerblicher Anteil innerhalb der Mischbauflächen, bedeutete einen perspektivischen Verlust von 57 Hektar gewerblicher Bestandsflächen. Eine vollständige

Umnutzung bedeutete ein Verlust von über 100 Hektar (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogram – 25.09.2020) (s.o. **Flächensicherungskonzept**, Projekt 1).

Ein Wegfall von Gewerbeflächen und ein Verlust der Vielfalt an Gewerbegebietsstandorten muss in besonderem Maße durch die zunehmende Nutzung von Gewerbeflächen durch **Rechenzentrumsbetreiber** ohne eine gleichzeitige Ausweisung neuer Flächen festgestellt werden. Rechenzentren stellen spezielle Standort- und Sicherheitsanforderungen, sind aufgrund der technischen Anlagen und deren Emissionen überwiegend auf Gewerbeflächen angewiesen, aber auch stark bodenpreiswirksam und generieren mit einem erheblichen und wachsenden Flächenbedarf eine direkte Flächenkonkurrenz insbesondere zum produzierenden Gewerbe aus Industrie und Handwerk. Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) weist Rechenzentren daher eine Sonderrolle zu (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogram – 25.09.2020). Die Flächennutzung durch firmeneigene wie auch kommerziell betriebene Rechenzentren beläuft sich nach letzter Berichterstattung auf rund 60 Hektar in Frankfurt am Main. Rund 100 Rechenzentren an 65 Standorten sind in Betrieb und 16 Rechenzentren im Bau. Eine räumliche Konzentration von Rechenzentren stellt eine zu prüfende Maßnahme im Rahmen der zukünftigen Gewerbegebietsplanung dar (B 533 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRheinMain – 25.09.2020; Stadtverordnetenversammlung (StVV) Fragestunde 24.09.2020, F 2886 Wie viele neue Bauanträge für Rechenzentren, mit welchen Flächengrößen, sind derzeit beantragt beziehungsweise genehmigt?).

Ein weiterer nicht geringer und sukzessiver Gewerbeflächenverlust z.B. im Gewerbegebiet **Bockenheim** (Am Römerhof), **Kalbach** (Carbone) und **Griesheim** (Gewerbegebiet Mainzer Landstraße West) wird aufgrund des dringenden Bedarfs an Flächen für Schulen und eines notwendigen Neubaus von Schulen erwartet, wie der **Integrierte Schulentwicklungsplan** dargelegt. Eine Prüfung von Flächen, ob sie für die Errichtung von Schulen in Betracht kommen, wird beschleunigt (M 85 Integrierter Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt am Main Fortschreibung 2018-2024 – 29.05.2020; M 69 Integrierter Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt am Main Fortschreibung 2017-2023 Vorgezogene Errichtung eines Gymnasiums in der Bildungsregion Mitte-Nord zum Schuljahr 2020/21 – 17.05.2019; M 148 Integrierter Schulentwicklungsplan der Stadt Frankfurt am Main Fortschreibung 2017-2023 – 17.08.2018). So wird z.B. aus dem ehemaligen **Fiat-Gelände** in Griesheim ein Bildungs- und Betreuungsstandort, nachdem die Stadt Frankfurt am Main das rund 28.000 Quadratmeter große Grundstück an der Mainzer Landstraße von einem internationalen Investor erworben hat.

Flächenbedarfsprognose 2030

Das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) prognostiziert einen **zusätzlichen Betriebsflächenbedarf 2015 bis 2030** von **90 bis 140 Hektar** für folgende auf Gewerbegebiete angewiesene **Nutzergruppen**:

Nutzergruppen	Betriebsflächenbedarf bis 2030
Verarbeitendes Gewerbe	**60 Hektar**
davon chemisch-pharmazeutische Industrie	**40 Hektar**
Rechenzentren	**20-40 Hektar**
Bau-, Versorgungs- und Entsorgungsgewerbe	**0-5 Hektar**
Autoservice	**0-5 Hektar**
Logistik	**5-15 Hektar**
Großhandel	**5-15 Hektar**
Gesamt	**90-140 Hektar**
Räumliche Verteilung Betriebsflächenbedarf bis 2030	
Stadtgebiet	**90-140 Hektar**
davon in Industrieparks (52%-38%)	47 Hektar

Quelle: Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept (RfEk) 2015

Der **Bedarf an zusätzlichen Betriebsflächen in den Industrieparks** in Höchst, Griesheim und Fechenheim beläuft sich aufgrund der nutzergruppeneigenen Standortanforderungen auf etwa **47 Hektar**.

Den **Bedarf an zusätzlichen Betriebsflächen für Nutzungen außerhalb der Industrieparks** beziffert das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept (RfEk) auf etwa **48-98 Hektar**.

Das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) erkennt ein **Gewerbeflächenpotenzial in den Industrieparks** in Höchst, Griesheim und Fechenheim von zusammen etwa **88 Hektar** – die Zuwachsflächen von rund 34 Hektar südlich des Industrieparks Höchst eingerechnet. Die Flächen des Industrieparks Griesheim stehen nach den zwischenzeitlichen Standortentwicklungen voraussichtlich nur eingeschränkt für die chemisch-pharmazeutische Industrie zur Verfügung.

Das **„aktivierbare Gewerbeflächenpotenzial" außerhalb der Industrieparks** bestimmt das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) auf etwa **85 Hektar**.

Die tatsächliche Aktivierbarkeit der Gewerbeflächenpotenziale in Frankfurt am Main muss aus zahlreichen Gründen allerdings mehr und mehr in Zweifel gezogen werden. Darüber hinaus muss festgestellt werden, dass das Gewerbeflächenpotenzial aufgrund der sukzessiven Umwandlung von Gewerbegebieten in Wohn- und Mischgebiete in den letzten Jahren weiter schrumpfte, so dass eine im Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) prognostizierte Gewerbebedarfsdeckung bis 2030 schwer zu erreichen sein dürfte.

Die dynamische Entwicklung des zusätzlichen Betriebsflächenbedarfs von Rechenzentren ist zu berücksichtigen, der in Expertenbefragungen zur Erarbeitung des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEk) auf bis zu 80 Hektar bis zum Jahr 2030 geschätzt wurde. Die Gewerbeflächenbedarfsprognose sieht in den Frankfurter Gewerbegebieten einen zusätzlichen „realisierbaren" **Betriebsflächenbedarf von Rechenzentren** bis 2030 von 20 bis 40 Hektar vor

- unter Berücksichtigung der Begrenztheit verfügbarer Flächen, der zunehmenden Standortkonkurrenz des Umlands und der Annahme, dass nicht alle Rechenzentrumstypen auf Gewerbeflächen angewiesen sind. Ein regelmäßiges Monitoring der Inanspruchnahme gewerblicher Flächen durch Rechenzentren ist erforderlich.

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) stellt den im Rahmen des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEk) abgeschätzten Betriebsflächenbedarf bis 2030 den zum 31.12.2016 aktualisierten Flächenpotenzialen in Industrie- und Gewerbegebieten erneut gegenüber: Die auf die Standorttypen Industrie, Logistik und Hafen, Gewerbe und Stadtteilgewerbe entfallenen und bis zum Jahr 2030 möglicherweise aktivierbaren Flächenpotenziale beziffert das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) mit rund 214 Hektar, betont aber zugleich nochmals die Einschränkungen einer möglichen Nutzung aufgrund von hohen Aktivierungshemmnissen und Flächenausfällen, so dass eine tatsächliche Deckung des im Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) prognostizierten Flächenbedarfs nur unter der Voraussetzungen der Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen zur aktiven Flächensicherung und Flächenentwicklung gelingen kann.

Regionale Entwicklungskonzepte

Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) erkennt faktisch nicht gegebene konkrete räumliche Möglichkeiten einer Flächenvorsorge für Industrie und Gewerbe in Frankfurt am Main sowie in der Konsequenz ein erforderliches enges Zusammenwirken von Kommunen und Landkreisen und weiteren regionalen und staatlichen Aufgabenträgern, um an den für die jeweiligen Unternehmen besten Standorten in der Region jeweils beste Standortbedingungen zu schaffen, z.B. durch die interkommunale Kooperation bei der Entwicklung von Gewerbegebieten (M 151 Gewerbeflächenentwicklungsprogramm – 25.09.2020).

Landesentwicklungsplan Hessen

Die Verordnung über die **3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000** wurde am 10.09.2018 im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen zusammen mit der Plankarte veröffentlicht und trat einen Tag später in Kraft. Der Landesentwicklungsplan (LEP) enthält unter anderem die Anforderungen an die Siedlungsstruktur, Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung, die Trassen und Standorte für die Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur sowie die Anforderungen an die technische Infrastruktur und die Energiebereitstellung und -nutzung, sowie eine Vorausschau zur Struktur und Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft für das Land und die Regionen.

Das Kompetenzzentrum Industrie hatte zuvor am 30.07.2017 eine gemeinsam mit dem Beirat Industrie der Stadt Frankfurt am Main verfasste **Stellungnahme zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000** beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) eingereicht, um darauf hinzuweisen, der Industrie die erforderliche Aufmerksamkeit in der räumlichen Planung zukommen zu lassen. Die Grundlage für die Stellungnahme bildete das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk). Der Beirat Industrie sah die Vorgaben, die sich über die Regionalplanung bis auf die Ebene der kommunalen Planung auswirken, angesichts der vielfältigen und weitreichenden Bedeutung der Industrie für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung mit Sorge um den Erhalt, die Sicherung und

die weitere Entwicklung der Gewerbe- und Industrieflächen in Frankfurt am Main sowie der gesamten Region Südhessen, die im Jahr 2030 zu prognostizierten 71 Prozent der Bruttowertschöpfung (BWS) im Land Hessen beitragen wird.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zur 3. Änderung des LEP Hessen 2000 waren insgesamt 787 Stellungnahmen eingebracht worden, die im Zuge der raumordnerischen Gesamtabwägung allerdings nur zu einer Änderung im Bereich Luftverkehr sowie Überarbeitungen des Begründungstextes beitrugen.

Regionales Entwicklungskonzept Südhessen

Das Regierungspräsidium Darmstadt (RP Darmstadt) beauftragte mit Unterstützung durch den Regionalverband FrankfurtRheinMain erstmals die Erarbeitung eines **Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) Südhessen**. Die im Juli 2019 durch **AS+P Albert Speer + Partner** vorgelegte informelle Studie befasst sich im Hinblick auf die Neuaufstellung des Regionalplans bzw. Regionalen Flächennutzungsplans damit, wie der Bedarf an zusätzlichen Wohneinheiten sowie Flächen für Gewerbegebiete und Logistikansiedlungen bis 2030 gedeckt werden kann. Eine Auseinandersetzung mit den Zielen des Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzepts Gewerbe (RfEk) kann im vorgelegten Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) nicht erkannt werden, das in Frankfurt am Main Logistikflächenpotenziale auch dort vorsieht, wo das Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept Gewerbe (RfEk) bedeutende zu sichernde Industrie- und Gewerbeflächenpotenziale erkennt, z.B. Flächen des Industrieparks Griesheim sowie Erweiterungsflächen im Industriepark Höchst.

Handlungsfeld Digitale Infrastruktur (Projekte 10-12)

Bei den Projekten **Reformierung des Planungsprozesses** (Projekt 10), **Vorausschauende Ausstattung mit digitaler Infrastruktur** (Projekt 11) und **Vorausschauende Ausstattung mit Energieinfrastruktur** (Projekt 12) wurden weitere wichtige Fortschritte erzielt.

Reformierung des Planungsprozesses

Die **Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie** vom Februar 2021 sieht vor, Frankfurt am Main zu einer intelligent vernetzten Stadt zu machen und Projekte dezernats- und ämterübergreifend gemeinsam mit verschiedenen nicht-städtischen Stakeholdern voranzutreiben. Die Projekte bestehen u.a. in den Bereichen Mobilität, Energie & Umwelt, Planen, Bauen & Wohnen sowie Wirtschaft. Im Bereich Wirtschaft ist eine Strategie zum Ausbau der digitalen Infrastruktur mit einer möglichst weitgehenden Vereinfachung und Beschleunigung entsprechender Genehmigungsverfahren und eine Bereitstellung städtischer Infrastruktur beim 5G-Ausbau vorgesehen (M 28 Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie der Stadt Frankfurt am Main – 12.02.2021).

Beim Ausbau der digitalen Infrastruktur führen verschiedene Maßnahmen, z.B. eine stärker parallele Antragsbearbeitung, mehr Personal in den zuständigen Fachabteilungen sowie eine höhere Transparenz bezüglich der erforderlichen Antragsdokumente, zu einer deutlichen Verkürzung der Genehmigungszeiten. Weitere Maßnahmen sind u.a. zur Verkürzung der Genehmigungsprozesse bei der Realisierung digitaler Infrastrukturversorgungen, zur aktiven Erschließung von Gewerbegebieten und Unterstützung bei der Versorgung von Gewerbegebieten mit ultraschneller Infrastruktur, zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ansässige Unternehmen bezogen auf

Stromverfügbarkeit und Stromkosten sowie Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel vorgesehen. Der Magistrat verfolgt die Ansätze zur **Beschleunigung der Genehmigungsprozesse beim Breitbandausbau** im Rahmen eines **kontinuierlichen Verbesserungsprozesses** konsequent weiter. Die Schaffung einer Projektstelle Breitbandausbau beim Amt für Straßenbau und Erschließung (ASE) soll zu einer deutlichen Unterschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Frist beitragen (B 533 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRheinMain – 25.09.2020; B 337 Die digitale Infrastruktur in Frankfurt weiter ausbauen – 16.09.2019; B 308 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRheinMain – 18.09.2017; B 160 Die digitale Infrastruktur in Frankfurt weiter ausbauen – 22.05.2017).

Vorausschauende Ausstattung digitale Infrastruktur

Die Verbesserung der digitalen Infrastruktur und insbesondere die Breitband-Anbindung von Haushalten und Unternehmen sollen in Frankfurt am Main durch im Wettbewerb stehende **private kommerzielle Telekommunikationsanbietern** erfolgen, unter denen die Deutsche Telekom und weitere über ein eigenes Netz verfügen. Die Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe, die in anderen Metropolregionen aufgewendet werden, bewertet die Stadt Frankfurt am Main als finanziell nicht darstellbar und nicht erforderlich. In der Metropolregion werden – im Gegensatz zu dünn besiedelten ländlichen Gebieten – Investitionen in die Infrastruktur auch ohne öffentlicher Förderzuschüsse als rentabel erachtet. Die Stadt Frankfurt am Main bietet eine **Übersicht über verschiedene Anbieter** und deren Bandbreiten an, um die Transparenz hinsichtlich der Breitbandverfügbarkeit zu erhöhen (B 207 Digitale Metropole Frankfurt Rhein Main – 03.06.2019; B 133 Digitalpakt mit Netzbetreiber(n) schließen und Breitband- sowie 5G-Netz flächendeckend verfügbar machen – 29.04.2018).

Ein verschärfter Wettbewerb zwischen privaten kommerziellen Telekommunikationsanbietern hat deren Investitionen in die weitere Erschließung von Gewerbegebieten mit Glasfasernetzen verstärkt und zu einer verbesserten Ausstattung geführt, z.B. eine durch die Fusion von **Unitymedia** und **Vodafone** getriebene Intensivierung des Netzausbaus durch die **Deutsche Telekom**. Die Telekommunikationsunternehmen üben aufgrund der Wettbewerbssituation bei der Veröffentlichung von Investitionssummen und in besonderem Maße bei Ausbauplänen eine sehr starke Zurückhaltung (B 533 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRheinMain – 25.09.2020).

In Frankfurt am Main betreiben derzeit etwa 14 private kommerzielle Telekommunikationsanbieter eigene Leerrohr-Infrastrukturen. Die Stadt Frankfurt am Main plant, baut und betreibt ein stadteigenes Leerrohr- und Glasfasernetz, allerdings nicht zur Anbindung von Gewerbegebieten. Die Neufassung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) § 77i sieht in bestimmten Fällen eine Mitverlegungspflicht von passiven Infrastrukturen vor, sollte kein kommerzieller Dienstleister die Erschließung durchführen. Eine Vermietung begrenzt vorhandener Überkapazitäten städtischer Leerrohrsysteme oder Glasfaserverbindungen an Telekommunikationsdienstleister erfolgt seit vielen Jahren (B 337 Die digitale Infrastruktur in Frankfurt weiter ausbauen – 16.09.2019).

Als weitere Projekte sind ein **„Digitaler Masterplan“** und **Aktivitäten zur Identifikation von potenziellen Energieeffizienz-Maßnahmen im Bereich Rechenzentren** (Energiereferat) vorgesehen, z.B. Abwärmekataster.

Der Kabelnetzbetreiber Unitymedia kündigte im Juni 2018 an, Frankfurt am Main durch die Versorgung des gesamten Stadtgebietes mit Bandbreiten von bis zu 1 Gigabit pro Sekunde zur ersten **„Gigabit City“** in Hessen ausbauen zu wollen. Die Deutsche Telekom kündigte 2017 nach der Freigabe der Bundesnetzagentur zum „Vectoring“ im sogenannten Nahbereich - also rund 500 Meter um die Hauptverteiler – eine umfangreiche bundesweite Modernisierung der Anschlussbereiche sowie einen flächigen **Vectoring-Ausbau** an (B379 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRhein-Main – 03.09.2018; B 236 Die digitale Infrastruktur in Frankfurt weiter ausbauen – 06.08.2018).

Weitere **Maßnahmen durch private IT- und Telekommunikationsunternehmen sowie Betreiber von Rechenzentren** sind zu verzeichnen, z.B. durch Versatel (Programm zur kostenfreien Anbindung von bis zu 500 Unternehmen in der Stadt, Vorstellung neuer Verlegetechnik zum Glasfaserausbau, Pilotprojekt mit Amt für Straßenbau und Erschließung (ASE) zur Anwendung der neuen Verlegetechnik in ausgewählten Straßenabschnitten, durch CINIA (Eröffnung Anlandungspunkt im Frankfurter Osten (Glasfaser-Unterseeverbindung durch die Ostsee) sowie durch die Expansion von Rechenzentren (z.B. Frankfurter Osten, Frankfurter Westen) (B 308 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRheinMain – 18.09.2017).

Glasfaserausbau Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach

Die **Deutsche Glasfaser** kündigte im November 2019 einen Glasfasernetz-Ausbau im Nachhaltigen Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Frankfurt an. Der Großteil der Unternehmen aus dem Gewerbegebiet, die einen Vertrag mit dem Unternehmen gezeichnet haben, sollen an die Glasfaserinfrastruktur angeschlossen werden (s.u. **Einrichtung eines Digitalen Gewerbegebietes** (Projekt 30) im Rahmen der **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten** (Projekt 5)).

Das Nachhaltige Gewerbegebiet Fechenheim-Nord / Seckbach verfügt zudem über sehr gute Voraussetzungen für die Abwärmenutzung aus Rechenzentren, wie durch eine Analyse und räumliche Darstellung des Abwärmepotenzials im Abwärmekataster veranschaulicht. Eine Detailstudie soll in Zusammenarbeit mit Rechenzentrumsbetreibern, Energieversorgung und weiteren Akteuren die Abwärmepotenziale weiter differenzieren (B 533 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur; Stärkung von Attraktivität, Image und Bekanntheit der "digitalen Metropole" FrankfurtRheinMain – 25.09.2020) (s.u. **Ausbau und Stärkung des Energieversorgungssektors Wärme** (Projekt 14); Handlungsfeld Energie).

Gigabit-Region Frankfurt / Rhein-Main

Im Mai 2019 gab der **Regionalverband FrankfurtRheinMain** bekannt, alle Industrie- und Dienstleistungsunternehmen erhielten bis zum Jahr 2025 in der flächendeckend mit Glasfaserkabel ausgestatteten Region einen gigabitfähigen Internetzugang. Die Landkreise Bergstraße (teilweise), Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, Hochtaunus, Main-Kinzig, Main-Taunus, Offenbach, Rheingau-Taunus und Wetterau sowie die Städte Darmstadt, Frankfurt am Main, Offenbach und die Landeshauptstadt Wiesbaden trafen unter der Federführung des Regionalverbandes eine entsprechende Vereinbarung.

Vorausschauende Ausstattung mit Energieinfrastruktur

Die Wirtschaftsförderung Frankfurt führt Gespräche mit Rechenzentrumsentwicklern, dem Digital Hub FrankfurtRheinMain und dem Energieversorger Mainova zum erforderlichen weiteren Stromnetz-Kapazitätsausbau angesichts wachsender Anforderungen der Digitalwirtschaft. Die Gespräche führen zu weiteren Vertragsverhandlungen über den Ausbau von Stromkapazitäten für von Rechenzentren genutzte Flächen (B279 Digital Hub: Ausbau der digitalen Infrastruktur – 03.09.2018).

Handlungsfeld Energie (Projekte 13-15)

Das Kompetenzzentrum Industrie steht in Gesprächen mit dem Energiereferat zu einer stärkeren Zusammenarbeit in den Projekten **Fokussierung energiepolitischer Maßnahmen auf die Industrie** (Projekt 13), **Ausbau und Stärkung des Energieversorgungssektors Wärme** (Projekt 14) sowie **Kooperation bei Energieeffizienzprogrammen der Wirtschaft** (Projekt 15).

Fokussierung energiepolitischer Maßnahmen auf die Industrie

Eine Stärkung der energiepolitischen Expertise der Wirtschaftsförderung Frankfurt, wie im Masterplan Industrie gefordert, ist zu prüfen. Die Energiepolitik und Fragestellungen rund um eine zuverlässige Energieversorgung gehören zum wirtschaftlichen Kernbereich und sind wesentliche Eckpunkte eines wettbewerbsfähigen Industriestandortes Frankfurt am Main.

Die Entwicklung des **Nachhaltigen Gewerbegebietes Fechenheim-Nord / Seckbach** befindet sich in der Umsetzungsphase (Modellprojekt Nachhaltiges Gewerbegebiet) (B 156 Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebietes: Gewerbegebiete Fechenheim-Nord und Seckbach nachhaltig weiterentwickeln – 10.06.2016) (s.o. **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten**; Projekt 5, Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept (RfEk)).

Einen zentralen Baustein stellen die Durchführung und **Umsetzung eines Klimaschutzkonzepts** für das Nachhaltige Gewerbegebiet dar. Für die Erstellung dieses Konzepts gemeinsam mit der **Zero Emission**, Wuppertal, wurden 2017 Bundesfördermittel in Höhe von rund 45 000 Euro im Rahmen der **Nationalen Klimaschutzinitiative** (NKI) beantragt. Im Rahmen der Bestandsanalyse wurde sowohl der Gesamtverbrauch an Energie, in Form von Strom, Gas, Öl und Treibstoffen als auch der aggregierte Verbrauch an Wasser und Abfällen erfasst. Die Ergebnisse wurden den ansässigen Unternehmen im Rahmen einer Veranstaltung im Oktober 2018 präsentiert und sollen zukünftig der Ausgangspunkt für konkrete Umsetzungsmaßnahmen zur Einsparung von Energie, Ressourcen und Kosten sein. Ende 2017 wurde eine Energieberatungskampagne für die Unternehmen durchgeführt (B 117 Bausteine für den Klimaschutz - hier: Ein kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt – 08.04.2019). Das **„Grüne Kraftwerk"** soll der regenerativen Energieerzeugung im Nachhaltigen Gewerbegebiet einen weiteren Schub verleihen. Die installierte Leistung soll von ca. 1,4 Megawatt Peak (MWp) bis 2025 verdoppelt werden. Es sind bereits ca. 15 PV-Anlagen im Gebiet installiert, aber auch andere regenerative Energieerzeugungsmethoden finden sich im „Grünen Kraftwerk", z.B. Blockheizkraftwerke (BHKW).

Das im März 2021 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene und durch die „Nationale Klimaschutzinitiative" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMU) geförderte **Klimaschutzteilkonzept** für das Nachhaltige Gewerbegebiet Fechenheim-

Nord / Seckbach soll Potenziale für überbetriebliche Klimaschutzaktivitäten und Kooperationen im nachhaltigen Wirtschaften am Standort analysieren und geeignete Umsetzungsmaßnahmen zur Verbesserung des Klimaschutzes identifizieren, um eine 80-95-prozentige CO2-Einsparung bis 2050 zu erreichen (M 22 Nachhaltiges Gewerbegebiet Fechenheim-Nord und Seckbach – Klimaschutzteilkonzept – 01.02.2021) Beschäftigten (s.o. **Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten**; Projekt 5, Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept (RfEk)).

Ausbau und Stärkung des Energieversorgungssektors Wärme

Angesichts der hohen quantitativen Bedeutung von Energie in Form von Wärme bzw. Kälte - diese machen rund 50 Prozent des Endenergieverbrauchs aus - sehen die Handlungsempfehlungen des Masterplans Industrie hervor, diesen Energieversorgungssektor für alle Verbrauchersegmente gezielt auszubauen, alle technischen Möglichkeiten zu nutzen und damit kommunale und regionale Wertschöpfungsketten zu initiieren.

Ein **Abwärmekataster** für Frankfurt am Main wurde der Öffentlichkeit erstmals im März 2018 vorgestellt. In den Bereichen Abwasser, Industrie und Gewerbe sowie aus großen Rechenzentren stehen über 200 Megawatt (MW) an Abwärmeleistung zur Verfügung und bestehen darüber hinaus weitere Potentiale insbesondere bei neuen Rechenzentren. Mittelfristig wird mindestens eine Verdopplung der verfügbaren Abwärme in diesem Sektor erwartet. Das Kataster bildet eine Planungsgrundlage für weitere Energieprojekte. Ein im Rahmen der Untersuchung vorgeschlagenes Projekt der Abwärmenutzung aus einem Rechenzentrum und Versorgung eines Neubaugebietes wird derzeit im Zuge der Neubebauung des sogenannten Avaya-Geländes in der Kleyerstraße umgesetzt (B 152 Bausteine für den Klimaschutz - hier: Ein kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt – 12.04.2021).

Im Rahmen des EU-geförderten Projektes **Hotmaps** wird eine Strategie zur Dekarbonisierung des Wärmesektors für Frankfurt entwickelt. Hauptbestandteile sind der Ausbau der Fernwärme unter Nutzung der Abwärmepotenziale sowie die deutliche Reduzierung des Wärmebedarfs der Gebäude (B 643 Nachhaltigkeitsbericht 2020, 2030 Agenda des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion: "Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" – 04.12.2020).

Kooperation bei Energieeffizienzprogrammen der Wirtschaft

Weitere energiepolitische Maßnahmen werden durch unterschiedliche Projekte in Frankfurt am Main umgesetzt:

- Das **Lernende Energieeffizienz-Netzwerk Frankfurt-Rhein-Main** ging in eine zweite Runde (2020-2024), an der die Industrieunternehmen Allessa, Clariant, Infraserv Höchst, Kuraray Europe und Sanofi Aventis Deutschland teilnehmen. Fünf erfolgreiche Unternehmen der ersten Runde (2015-2019) sind auch in der zweiten Runde wieder dabei. Zwei neue Unternehmen sind dazugekommen. In der ersten Runde konnten die teilnehmenden Unternehmen das Netzwerkziel von sechs Prozent CO2-Reduktion um zwei Prozent übertreffen und haben damit eine Einsparung von knapp 15.000 Tonnen CO2 jährlich erreicht. Das Netzwerk wurde mit dem Gütesiegel der Arbeitsgemeinschaft Energieeffizienz-Netzwerk Deutschlands (AGEEN) ausgezeichnet (B 152 Bausteine für den Klimaschutz - hier: Ein kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt – 12.04.2021; B 117 Bausteine für den Klimaschutz - hier: Ein kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt – 08.04.2019).

- Die 15 Mitglieder des **Frankfurter Business Energieeffizienz-Netzwerks** (BEEN) wollen unter dem Motto "Zusammen mehr erreichen" gemeinsam rund 5.000 Tonnen CO2 und 17.500 Megawattstunden Energie einsparen. Der von Mainova und der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (IHK) ins Leben gerufene Zusammenschluss hat die ersten Projekte auf den Weg gebracht. Die Maßnahmen reichen von der energetischen Optimierung der technischen Anlagen und Steuerungen bis hin zur Erneuerung. Die Unternehmen stammen aus unterschiedlichen Branchen und werden während der Projektlaufzeit durch einzelne Energieberater unterstützt.
- Das von der Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (IHK) und der Wirtschaftsförderung Frankfurt unterstützte Kooperationsprojekt **Ökoprofit** zwischen der Stadt Frankfurt am Main und der lokalen Wirtschaft zielt darauf ab, Betriebskosten zu senken und gleichzeitig natürliche Ressourcen zu schonen. Die teilnehmenden Betriebe erhalten Unterstützung bei der Verbesserung ihrer Umweltleistung und beim Einstieg ins betriebliche Umweltmanagement oder bei dessen Verbesserung. Ein zentrales Merkmal von Ökoprofit ist die Vernetzung zwischen den teilnehmenden Betrieben, der Stadt Frankfurt am Main und den kooperierenden Partnern (B 152 Bausteine für den Klimaschutz - hier: Ein kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt – 12.04.2021; B 117 Bausteine für den Klimaschutz - hier: Ein kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt – 08.04.2019).
- Die Stadt Frankfurt am Main fördert mit dem Programm **„Frankfurt spart Strom“** kleine und mittlere Unternehmen durch einen Zuschuss von zehn Cent für jede eingesparte Kilowattstunde, wenn sie in Stromsparmaßnahmen investieren.

Die zahlreichen Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen durch die Industrie wurden bisher nicht systematisch erfasst, können aber in Beispielen aufgezeigt werden:

- Das Energieversorgungsunternehmen **Mainova investiert** rund 300 Mio. Euro, um das **Heizkraftwerk (HKW) West** bereits bis Mitte 2026 auf Erdgas umzurüsten und perspektivisch auf den Einsatz von CO2-freien Gasen (z.B. klimaneutral erzeugten Wasserstoff) vorzubereiten. Durch den Umbau wird sich der CO2-Austoß ab 2027 um jährlich rund 400.000 Tonnen verringern. Zudem soll die künftige Erzeugung durch die Einbindung von Biomasse in das Fernwärmenetz flankiert werden. Der Energieversorger investiert seit mehreren Jahren in **regenerative Erzeugungsanlagen** und hat das Erneuerbaren-Portfolio auf inzwischen mehr als 150 Megawatt ausgebaut. 2019 und 2020 erwarb das Unternehmen sechs Windparks mit insgesamt zwölf Windenergieanlagen in Baden-Württemberg und Bayern sowie zwei weitere Windenergieanlagen bei Karben (B 152 Bausteine für den Klimaschutz - hier: Ein kommunaler Klimaschutzbericht für Frankfurt – 12.04.2021).

Das Kompetenzzentrum Industrie beteiligt sich gemeinsam mit dem Energiereferat der Stadt Frankfurt am Main am Projekt **Innovationsraum BioBall – Bioökonomie im Ballungsraum** im Rahmen der Fördermaßnahme „Innovationsraum Bioökonomie“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) (s.u. Handlungsfeld Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft).

Handlungsfeld Logistik (Projekte 16-18)

Die Projekte **Initiierung synchromodaler Pilotprojekte Binnenschifffahrt** (Projekt 16), das **Pilotvorhaben zur Nutzung von alternativen Antrieben im innerstädtischen Gütertransport**

(Projekt 17) und die **Anwendung des Routenplanungstools LKW-Lotse Rhein-Main** (Projekt 18 sind hinsichtlich des aktuellen Sachstands und ihrer Machbarkeit zu prüfen.

Nutzung von alternativen Antrieben im innerstädtischen Gütertransport

Die **Nutzung von alternativen Antrieben im innerstädtischen Gütertransport** (Projekt 17) wurde als eines der **Leitprojekte bzw. –initiativen** zur Verbesserung der Perspektiven für den Produktionsstandort in das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IStEk) aufgenommen.

Die Stadt Frankfurt am Main verabschiedete im Dezember 2019 ein **Elektromobilitätskonzept**, das auch Maßnahmen zur Nutzung alternativer Antriebe im innerstädtischen Gütertransport vorsieht (M 219 Elektromobilitätskonzept und Umsetzungsstrategie für die Stadt Frankfurt am Main, Elektromobilität 2030 in Frankfurt am Main – 20.12.2019).

Die Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie vom Februar 2021 beinhaltet ebenfalls die Projektidee einer Mobilitäts-App zur Integration verschiedener Verkehrsmittel und deren Kombination mit Routing-Informationen und Anwendungsdaten in Zusammenhang mit verkehrsrelevanten Datenquellen innerhalb und außerhalb der Stadt Frankfurt am Main (M 28 Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie der Stadt Frankfurt am Main – 12.02.2021).

Handlungsfeld Attraktivität der Industrie (Projekte 19-21)

Das **Handlungsfeld Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung** umfasst die Projekte **Aufbau eines Kompetenzzentrums bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt** (Projekt 19), **Kommunikationsplattform als Dach aller industrieplatzbezogenen Maßnahmen** (Projekt 20) und **Entwicklung zielgruppenspezifischer Maßnahmen** (Projekt 21).

Einrichtung eines Kompetenzzentrums Industrie

Im Oktober 2016 wurde mit der **Einrichtung eines Kompetenzzentrums Industrie** (Projekt 19) bei der Wirtschaftsförderung eine zentrale Forderung des Masterplans Industrie umgesetzt.

Personal

Das Kompetenzzentrum Industrie besteht aus einer Teamleitungs- und zwei Projektstellen.

Aufgabenbereiche

Das Kompetenzzentrum Industrie koordiniert als Schnittstelle zwischen Stadt, Wirtschaft und Verbänden die **Projekte des Masterplans Industrie**, entwickelt gemeinsam mit Netzwerkpartnern industriepolitische Maßnahmen auf verschiedenen Handlungsfeldern und verfolgt deren Umsetzung. Im Hinblick auf die Stärkung des Industriestandorts liegen die Aufgaben des Kompetenzzentrums Industrie vorwiegend in der **Umsetzung strukturpolitischer Projekte**, der **Bestandspflege** und der **Ansiedlungsunterstützung** im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt am Main sowie in der **Umsetzung weiterer industriepolitischer Aufträge des Magistrats**.

Organisation

Die erfolgreiche Umsetzung der im Masterplan Industrie vorgesehenen Projekte erfordert ein **abteilungsübergreifendes Projektmanagement** sowie eine projektbezogene Nutzung personeller

Kapazitäten aus Abteilungen innerhalb der Wirtschaftsförderung Frankfurt, zu denen organisatorische Schnittstellen bestehen, z.B. auf den industriepolitischen Handlungsfeldern Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept, Digitale Infrastruktur, Logistik, Arbeit und Qualifizierung sowie Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft:

- Die priorisierten Projekte auf dem **Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept** (Projekte 1-9), die Projekte auf dem **Handlungsfeld Logistik** (Projekte 16-18) sowie auf dem **Handlungsfeld Arbeit und Qualifizierung** das Projekt Netzwerk Ausbildung und Arbeit (Vernetzung der Arbeitsmarktakteure, Projekt 24) werden gemeinsam mit den Kompetenzzentren Standortpolitik, Logistik & Mobilität und Stadtentwicklung & Planung (**Abteilung Stadtentwicklung, Standortpolitik, Immobilien, Logistik & Mobilität**) angegangen.
- Ein Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main, wie auf dem industriepolitischen **Handlungsfeld Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung**, **Arbeit und Qualifizierung** sowie dem **Handlungsfeld Innovation, Wertschöpfung und Arbeitsplätze der Zukunft** vorgesehen, ist im Aufbau.
- Zur weiteren Umsetzung des Projekts **Frankfurt Forward** (Projekt 29) erfolgt eine Abstimmung mit dem Kompetenzzentrum Existenzgründungen (**Abteilung Gewerbeberatung, Stadtteilmanagement & Existenzgründungen**).
- Die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Gewerbeberatung & Stadtteilmanagement erfolgt bei den Projekten der **Bestandspflege** und **Stadtteilentwicklung** in enger Abstimmung wie auch mit den Kompetenzzentren zur Betreuung internationaler Unternehmen bei der **Ansiedlung** und auf dem **Handlungsfeld Digitale Infrastruktur** mit dem Kompetenzzentrum Finanzwirtschaft, Digitale Infrastruktur, UK & USA (**Abteilung Internationale Business Communities, Finanzwirtschaft & Digitale Infrastruktur**).

Das Kompetenzzentrum Industrie koordiniert die **Projekte des Masterplans Industrie** und neue industriepolitische Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Beirat Industrie und weiteren Netzwerkpartnern.

Bestandspflege

Das Kompetenzzentrum Industrie führte jährlich rund **30 Firmenbesuche** sowie weitere Besuche bei Verbänden und Institutionen durch. Die Anzahl der Firmengespräche wurde aufgrund der Corona-Situation gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet.

Das Kompetenzzentrum Industrie führte 2020 **eigene Veranstaltungen** sowie **Kooperationsveranstaltungen** mit rund 260 (2019: 1480) Teilnehmern durch. Die Anzahl der Veranstaltungen lag bei 16 (2020: 16).

Ansiedlungen

Im Jahr 2020 betreute das Kompetenzzentrum Industrie rund **10 (2019: 10) ansiedlungsinteressierte Unternehmen**.

Die Wirtschaftsförderung Frankfurt begleitete u.a. die folgenden Industrieunternehmen bei der Ansiedlung in Frankfurt am Main:

- Das chinesische Unternehmen **SVOLT Energy Technology (Europe)** bezog im Mai 2020 ein Büro im Stadtteil Gateway Gardens. SVOLT entwickelt und produziert Lithium-Ionen-Batterien und Batteriesysteme für Elektrofahrzeuge sowie Energiespeicher.
- Das US-amerikanische Industrieunternehmen **Tresco Labs** siedelte sich im Dezember 2020 im Industriepark Höchst an. Tresco Labs erarbeitet neue Strategien zur chemischen Synthese und Modifikation von Terpenen und verwandten Naturstoffen.
- Das japanische Dienstleistungsunternehmen für medizinische Geräte und Metallprodukte **Asahi Intecc Deutschland** eröffnete im Januar 2021 sein Büro im Main-Airport-Center.

Die folgenden **Ansiedlungsgespräche** führten in den letzten drei Jahren leider nicht zu einer Realisierung dauerhafter Aktivitäten:

- Der finnische Industriekonzern **UPM** eröffnete im März 2018 ein Testlabor im Industriepark Höchst und prüfte im Rahmen einer Machbarkeitsstudie den Bau einer Bioraffinerie. In der zukunftsweisenden Bioraffinerie sollte der nachhaltige Rohstoff Holz unter Anwendung innovativer Technologien verarbeitet werden. Die Umwandlung von Holz in industriellem Maßstab in jährlich bis zu 150.000 Tonnen Bio-Monoethylenglycol (bMEG), Bio-Monopropylenglycol (bMPG) und Lignin wurde geprüft. Der Konzern, der weltweit über 19.000 Mitarbeiter beschäftigt und einen Umsatz von über 10 Milliarden Euro erwirtschaftet, entschied sich, die Anlage an einem anderen Standort zu bauen.
- Das Kompetenzzentrum Industrie begleitete das Unternehmen **PQ Energy** über mehrere Jahre bis Anfang 2019 bei den Vorbereitungen für die **Errichtung eines Gasturbinen-Reservekraftwerks** im Industriepark Griesheim für rund 250 Millionen Euro. Das Projekt konnte nicht realisiert werden.
- Das Kompetenzzentrum Industrie führte über mehrere Jahre Gespräche mit dem **Paul-Ehrlich-Institut** (PEI) bei der Prüfung alternativer Standorte in Frankfurt am Main zum bisherigen Sitz in Langen. Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gab im Juli 2019 bekannt, einen Neubau für rund 800 Beschäftigte auf einem neuen Grundstück in Langen zu errichten.

Entwicklung zielgruppenspezifischer Maßnahmen

Das Kompetenzzentrum Industrie und die im Beirat Industrie vertretenen Netzwerkpartner führen mehr als 40 Kommunikations- und Dialogmaßnahmen zu industriepolitischen Themen durch. Die bereits seit mehreren Jahren bestehenden Maßnahmen richten sich bisher vorwiegend an die **Zielgruppe Industrieunternehmen**, sollen zukünftig aber verstärkt die Kommunikation und den Dialog mit der **Bevölkerung** beinhalten. Die weiteren Zielgruppen sind **Nachwuchskräfte**, **Politik** und **Medien**.

Die folgenden Veranstaltungen konnten im Berichtszeitraum aufgrund der Corona-Situation nicht wie in den letzten Jahren stattfinden und sollen fortgesetzt werden:

- **Lange Nacht der Industrie (LNDI)**
- **Frankfurter Industrieabend**
- **Branchengespräche mit Gewerkschaften**
- **Dialogrunde Pharma und Gesundheit**
- **Abend der Kommunikation-Kreativwirtschaft trifft Industrie**
- **EFRE Innovation starts**
- **EUROFORUM Jahrestagung Chemie- und Industrieparks**
- **STEP-Award**
- **Zukunftswerkstatt „Bildung für Industrie 4.0 in Frankfurt am Main“**

Das Kompetenzzentrum Industrie, die Mitglieder des Beirats Industrie und weitere Netzwerkpartner kommunizieren die Fortschritte bei der Umsetzung des Masterplans Industrie, die Entwicklungen in der Industrie und sich wandelnder Rahmenbedingungen, die zu neuen Herausforderungen und Aufgabenstellungen führen, im kontinuierlichen Dialog auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zur Weiterentwicklung des Masterplans Industrie:

- Das Kompetenzzentrum Industrie konnte durch die **Förderung im Rahmen des Projekts „Gesellschaftlicher Dialog zur Zukunft der Industrie“** des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) seine überregionale Vernetzung mit anderen Industrieinitiativen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene stärken und den Masterplan Industrie als Vorzeigeprojekt weiter bekannt machen.
- Der Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main wurde am 16.03.2021 auf der digitalen **Auftaktveranstaltung „Zusammenwachsen – für Stabilität und Zukunft“** der Netzwerktreffen der regionalen Industrieinitiativen vorgestellt, zu dem das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) eingeladen hatte. Mitglieder des Beirats Industrie beteiligten sich an der Panel-Diskussion „Für eine zukunftsfähige Industrie: Netzwerkbildung stärken“ mit rund 140 Teilnehmenden. Bereits auf der **Industriekonferenz** am 24.09.2019 in Berlin war der Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main als eine von drei Modellinitiativen vorgestellt worden.

Die **Vernetzung mit regionalen Industriebündnissen** wird als zielgruppenspezifische Maßnahme fortgeführt und weiterentwickelt. Die nationale Industriestrategie sieht eine Stärkung der regionalen Industriedialoge vor, an denen sich das Kompetenzzentrum Industrie beteiligt.

Die **Entwicklung weiterer zielgruppenspezifischer Maßnahmen** soll im Rahmen der Industriekampagne Frankfurt am Main gemeinsam mit Unternehmen aus der Industrie und weiteren Netzwerkpartnern weitergeführt werden.

Medien

Meilensteine und wichtige Zwischenergebnisse zum Masterplan Industrie wurden der Öffentlichkeit vorgestellt, u.a.:

- Die **Ergebnisvorstellung der Bedarfsanalyse zur Errichtung von Handwerker-/Gewerbehöfen in Frankfurt am Main**, die vom CIMA Institut für Regionalwirtschaft im Auftrag der Wirtschaftsförderung Frankfurt erstellt wurde, fand am 28.07.2020 im Rahmen einer Pressekonferenz mit Wirtschaftsdezernent Markus Frank, Planungsdezernent Mike Josef, Dr. Christoph Riess, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main und Ulrich Caspar, Präsident, IHK Frankfurt am Main, bei der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main statt (s.o. **Perspektiven für das Stadtteilgewerbe**; Projekt 7, Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept (RfEk)).
- Am 26.02.2021 fand eine virtuelle Pressekonferenz mit Wirtschaftsdezernent Markus Frank zur **Vorstellung der Website / Onlineplattform FFMöglichmacher** der Frankfurter Industrie statt. Oliver Schwebel, Geschäftsführer, und Dr. Denis Guth, Kompetenzzentrum Industrie, beide Wirtschaftsförderung Frankfurt, und Frank Eigler, Scheufele, Hesse Eigler Kommunikationsagentur stellten die Website / Onlineplattform vor. Stephan Berger, Geschäftsführer, Carl Friederichs, Dr. Matthias Braun, Geschäftsführer Industrial Affairs, Sanofi-Aventis Deutschland, Ulrich Caspar, Präsident, IHK Frankfurt am Main, Susanne Haus, Präsidentin, Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Jürgen Vormann, Vorsitzender der Geschäftsführung, Infraserv Höchst, Ralf Erkens, Bezirksleiter, Bezirk Rhein-Main, Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) beteiligten sich mit Statements aus der Industrie (s.u. **Industriekampagne**; Handlungsfeld Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung).

Die Öffentlichkeitsarbeit zum Masterplan Industrie erfolgte u.a. über die Webseite der Wirtschaftsförderung, Pressemitteilungen sowie über Social Media-Kanäle, die das Kompetenzzentrum Industrie im Rahmen der Industriekampagne Frankfurt am Main verstärkt nutzt.

Industriekampagne Frankfurt am Main

Die Industriekampagne dient der Umsetzung mehrerer Projekte des Masterplans Industrie und dessen Weiterentwicklung, insbesondere der folgenden Projekte:

- **Kommunikationsplattform als Dach aller industrieplatzbezogenen Maßnahmen** (Projekt 20) / Handlungsfeld Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung
- **Imagekampagne „pro Industrie" zur Stärkung der dualen Ausbildung** (Projekt 22) / Handlungsfeld Arbeit und Qualifizierung
- **Marketing für den Industriestandort nach innen und nach außen** (Projekt 28) / Handlungsfeld Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft

Der Beirat Industrie stufte die Industriekampagne als ein hoch priorisiertes Projekt ein, um eine Kommunikation und Positionierung auch auf den anderen industriepolitischen Handlungsfeldern, u.a. auch beim **Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept** (RfEk) (Projekte 1-9), zu forcieren.

Die Industriekampagne soll die Konzeption und erste Umsetzung unterschiedlicher **Dialog- und Kommunikationsmaßnahmen**, eine **dialogorientierte Kommunikationsplattform für den**

Industriestandort Frankfurt am Main sowie eine **Erstellung eines Corporate Designs** umfassen und war im Oktober 2016 aus Kostengründen zunächst verschoben worden. Die Durchführung soll in Teilschritten erfolgen und auf den bestehenden Maßnahmen des Kompetenzzentrums Industrie aufbauen.

Das Kompetenzzentrum Industrie kooperiert mit einer **Kommunikations- und Marketing-Agentur**, deren Auswahl von Februar bis Juni 2019 in mehreren Stufen gemeinsam mit Teilnehmern der Werkstatt-Arbeitsgruppe Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung und weiteren Mitgliedern des Beirats Industrie erfolgte:

- 28.02.2019 Einladung zu Interessensbekundung an zwölf Kommunikations- und Marketingagenturen
- 25.-27.03.2019 Auswahlgespräche (Chemistry-Meetings) mit fünf Agenturen
- 28.03.2019 Einladung zur Angebotsabgabe und Konzeptvorstellung gegenüber der **Projektgruppe Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung** (Arbeitsgruppe Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung, Werkstattberichte)
- 11.04.-07.05.2019 Abstimmungsgespräche u.a. mit der **Provadis Hochschule**, der **IHK Frankfurt am Main** (IHK), der **Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main** (HWK), der **KulturregionRheinMain**, der **Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände** (VhU) sowie der **IG Metall** und dem **DGB**.
- 08.05.2019 Konzeptvorstellung drei Agenturen gegenüber der **Projektgruppe Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung** und Abschluss des Auswahlprozesses
- 28.05.2019 Konzeptvorstellung der **Agentur Scheufele Hesse Eigler** (SHE) in der **Sitzung des Beirats Industrie**

Die Konzeption und erste Umsetzung der Industriekampagne erfolgte vom 01.07.2019-30.06.2020 gemeinsam mit der Agentur Scheufele Hesse Eigler (SHE) und einer Projektgruppe bestehend aus rund 25 Teilnehmenden aus Marketing- und Kommunikationsabteilungen verschiedener Industrieunternehmen, der Provadis-Hochschule, IHK Frankfurt am Main (IHK) und Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main (HWK), der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), Gewerkschaften sowie der Route der Industriekultur in einer **Workshop-Reihe zur Konzeption der Industriekampagne Frankfurt am Main**.

Die Projektgruppe verständigte sich darauf, die langfristig ausgerichtete Umsetzung gemeinsam weiterzuführen (Wirtschaftsförderung Frankfurt (2020): Industriekampagne Frankfurt am Main. Konzeptpapier. Ergebnisdokumentation Projektphase 01.07.2019-30.06.2020).

Die Ergebnisse der Workshop-Reihe wurden in einem **Konzeptpapier** gebündelt, welches die Grundlage für die weitere Umsetzung der Industriekampagne bildet. Die darin vorgesehenen **Kommunikationsmaßnahmen** umfassen drei miteinander verzahnte **Bausteine**, die schrittweise und entsprechend der Beteiligung der Industrie umgesetzt werden:

- **Präsenz & Awareness online:** Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit im digitalen Raum (Basis/Initialphase: Einrichtung einer Onlineplattform/Website für den Industriestandort Frankfurt am Main, mögliche Ausbaustufen: Social Ads/YouTube-Content)

- **Präsenz & Awareness offline:** Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit im städtischen Raum (Basis/Initialphase: Pin-Kampagne mit Plakaten, Flyern und dreidimensionaler Installation, mögliche Ausbaustufen: Installation weiterer Pins im Stadtgebiet/interaktive Pins)
- **Dialog:** Maßnahmen zur Intensivierung des Dialogs mit der Hauptzielgruppe Bevölkerung (Dialogformate im städtischen Raum, die zusätzlich digital distribuiert werden) (Basis/Initialphase: Bündelung, Weiterentwicklung und digitale Begleitung bestehender Dialogformate, mögliche Ausbaustufen: Entwicklung neuer Dialogmaßnahmen und -räume)

Die **Verzahnung** der einzelnen Maßnahmen erfolgt inhaltlich durch die **Markenidee „Industriestandort Frankfurt. #FFMöglichmacher“** und gestalterisch durch ein **Logo** und **Corporate Design** für den Industriestandort Frankfurt, welches eine Weiterentwicklung der Visualität des Masterplans Industrie darstellt.

Anknüpfend an die Konzeptionsphase initiierte das Kompetenzzentrum Industrie einen fortlaufenden **Content-Prozess** mit Industrieunternehmen zur Erarbeitung von Inhalten für die Kommunikationsmaßnahmen der Industriekampagne.

Die **Website / Onlineplattform FFMöglichmacher.de** startete am 26.02.2021 als Basisversion und wird gemeinsam mit der Industrie weiterentwickelt. Sie soll zeigen, was Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Frankfurt möglich machen:

Eine **interaktive Standortkarte** mit **Portraits** von Möglichmacherinnen und Möglichmachern aus Frankfurter Industrieunternehmen vermittelt in der vorgestellten Basisversion unterschiedliche Einblicke in das Netzwerk aus produzierendem Gewerbe und industrienahen Dienstleistungen, vom verarbeitenden Handwerk bis zum internationalen Industrieunternehmen an verschiedenen Standorten und über verschiedene Branchen - von der Transformation zu einer neuen Industrie 4.0 über attraktive Berufsbilder und Ausbildungsmöglichkeiten bis zu Innovationen aus Frankfurt am Main. In weiteren Rubriken bündelt die Website **Informationen zum Industriestandort Frankfurt am Main**, zum **Masterplan Industrie** sowie zu **Veranstaltungen und Dialogmaßnahmen** rund um die Industrie in Frankfurt am Main. An den ersten **Möglichmacher-Portraits** wirkten die Frankfurter Unternehmen **Bayer**, **Carl Friederichs**, **Samson** und **Sanofi-Aventis Deutschland** mit.

Handlungsfeld Arbeit und Qualifizierung (Projekte 22-24)

Imagekampagne „pro Industrie“ zur Stärkung der dualen Ausbildung

Die **Imagekampagne „pro Industrie“ zur Stärkung der dualen Ausbildung** (Projekt 22) wird zunächst im Rahmen der Industriekampagne angegangen (s.o. Handlungsfeld Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung).

Der **Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen** (SEP-B) sieht ebenso eine Imagekampagne vor (s.u. Vernetzung der Arbeitsmarktakteure und Vertiefung bestehender Lösungsansätze im Bereich der Beschäftigungsförderung; Projekt 24).

Azubi-Wohnheim

Das Projekt **Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende in der Industrie** (Projekt 23) befindet sich weiterhin in der Konzeptphase. Das Kompetenzzentrum Industrie bereitet eine Machbarkeitsstudie vor, um Möglichkeiten der Realisierung angesichts eines steigenden Boden- und Immobilienpreisniveaus und begrenzter Förderprogramme zu prüfen (Etat-Antrag EA 58 Wohnheim für minderjährige Auszubildende – 16.03.2016).

Darüber hinaus steht das Kompetenzzentrum Industrie in Gesprächen u.a. mit dem Studentenwerk Frankfurt, der Wohnraum Initiative Frankfurt, dem Azubiwerk Hamburg, der Wirtschaftsförderung Heidelberg, der ABG Frankfurt Holding, der VTG Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie der KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft und weiteren Akteuren zur möglichen Realisierung von Einzelprojekten.

Die Einrichtung eines Azubi-Wohnheims in dem Gebäude der bisherigen **Europäischen Akademie der Arbeit** auf dem Campus Bockenheim konnte u.a. aufgrund der stark gestiegenen hohen Erbpacht, die eine Realisierung bezahlbarer Mieten deutlich erschwert, nicht realisiert werden. Die KEG Konversions-Grundstücksgesellschaft hatte die von der VTG Vermögensverwaltungs- und Treuhand-Gesellschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) genutzte Liegenschaft im Oktober 2019 erworben. Im Rahmen einer Konzeptvergabe soll das Grundstück für gemeinschaftliches Wohnen weiterveräußert werden. Die Möglichkeiten der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende in der Industrie in dem von der KEG Konversions-Grundstücksgesellschaft voraussichtlich bis Herbst 2021 errichteten Wohnheims am **Rohmerplatz** in Bockenheim wird geprüft.

Netzwerk Ausbildung und Arbeit

Die Sitzungen des Netzwerks Ausbildung und Arbeit (=**Vernetzung der Arbeitsmarktakteure und Vertiefung bestehender Lösungsansätze im Bereich der Beschäftigungsförderung**; Projekt 24) unter der Leitung des Dezernats XI Integration und Bildung der Stadt Frankfurt am Main finden in der Regel quartalsweise statt. Die Mitglieder des Netzwerks hatten sich 2016 auf eine thematische Fokussierung und namentliche Umbenennung des Netzwerkes verständigt (vorher: Netzwerk Jugend und Arbeit). Das Netzwerk ist etabliert und wurde am 11.11.2016 auf der Ständigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz (SWAK) vorgestellt. Die Ziele des Netzwerks sind u.a. die Erhöhung der Übergangsquote in duale Ausbildung, die Hinführung von An- und Ungelernten zum Berufsabschluss und die Weiterentwicklung und Vernetzung bestehender Förderangebote. Die Wirtschaftsförderung Frankfurt ist über das Kompetenzzentrum Standortpolitik (Abteilung Stadtentwicklung, Standortpolitik, Immobilien, Logistik) im Netzwerk vertreten.

Das Kompetenzzentrum Industrie strebt an, die Zwischenergebnisse zu o.g. Projekten **Imagekampagne „pro Industrie“ zur Stärkung der dualen Ausbildung** (Projekt 22) und **Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende in der Industrie“** (Projekt 23) im Netzwerk Ausbildung und Arbeit und mit weiteren Netzwerkpartnern abzustimmen.

Die Projektideen aus der **Dialogveranstaltung Zukunftswerkstatt Ausbildung Industrie 4.0 für Frankfurt am Main** am 09.11.2017 im Rahmen des BMWI-Projekts „Gesellschaftlicher Dialog zur Zukunft der Industrie mit über 120 Teilnehmenden aus den Berufsschulen Heinrich-Kleyer-

Schule, Paul-Ehrlich-Schule, Philipp-Holzmann-Schule und Werner-von-Siemens-Schule sowie aus Personalabteilungen von Industrieunternehmen und Politik sollen weiterentwickelt werden:

- **Image der Industrie:** Informationsveranstaltungen für Eltern und Schullehrer, Ehrliche Image-Kampagne, Orte der Begegnung („Haus der Industrie").
- **Duale berufliche Ausbildung:** Gründung eines Azubi-Werks, Zukunftsorientierte Ausbildung, Lehrerausbildung als dualer Studiengang
- **Industrie als Ausbilder und Arbeitsgeber in der Region:** Externe Kontrolle der Ausbildungsqualität, Image der Ausbildung verbessern, Freiwilliges industrielles Jahr
- **Rahmenbedingungen am Industriestandort Frankfurt:** Vorhandene Gebäudeflächen kurzfristig verfügbar machen, Net-zubi, Diskussion über flexible Arbeitszeitmodelle anstoßen

Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen (SEP-B)

Mit der **Fortschreibung des Schulentwicklungsplans für die beruflichen Schulen** (SEP-B) sollen die organisatorischen, räumlichen und strukturellen Voraussetzungen zur Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen in der beruflichen Bildung geschaffen werden. Der SEP-B wurde am 26.09.2019 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen (M 119 Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen der Stadt Frankfurt am Main – 16.08.2019).

Der SEP-B beinhaltet u.a. eine Bestandsaufnahme der beruflichen Schulen in Frankfurt am Main sowie die Prognose der Schülerzahlenentwicklung bis zum Schuljahr 2028/29 und der erwarteten räumlichen Auslastung wie auch Maßnahmen auf den Gestaltungsfeldern (1) Kooperationen, (2) Infrastruktur, Gebäude, Räume und Ausstattung, (3) IT-Infrastruktur und Medien, (4) Kommunikation und Beteiligung, (5) Übergänge und (6) Bildungsbeteiligung (Unterstützungssysteme der beruflichen Schulen). Zu den wichtigsten Projekten des SEP-B zählt - neben verschiedenen Sanierungsmaßnahmen und der Suche nach einem neuen Standort für die Beruflichen Schulen Berta Jourdan - der geplante **Berufsbildungscampus West**, auf dem die **Paul-Ehrlich-Schule** und die **Ludwig-Erhard-Schule** an einem gemeinsamen Standort im Frankfurter Westen mit zentraler Infrastruktur mit Sportflächen, Mensa und Aula sowie ggf. ein Blockheizkraftwerk (BHKW) neu errichtet werden. Darüber hinaus sieht der SEP-B u.a. eine **Kampagne zur Öffentlichkeitsarbeit für berufliche Schulen in Frankfurt am Main** sowie die **Intensivierung des Dialogs zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die berufliche Bildung**, etwa im Kontext von Industrie 4.0, vor.

Handlungsfeld Verwaltungsprozesse und Behördenservice (Projekte 25-27)

Mit der Schaffung eines Dezernats V Bau und Immobilien, Reformprojekte, Bürgerservice und IT bündelte die Stadt Frankfurt am Main die zentralen erforderlichen Zuständigkeiten, um die vorgesehenen Projekte umzusetzen, insbesondere die **Einrichtung „Ständiger Expertenrunden"** (Projekt 25). Diese Einrichtung stellt eine wesentliche Grundlage für die Projekte **Moderation von Umfeldkonflikten** (Projekt 26) und **Intensivierung der öffentlichen Kommunikation** (Projekt 27) dar.

Beim **Ausbau der digitalen Infrastruktur** führten verschiedene Maßnahmen zu einer deutlichen Verkürzung der Genehmigungszeiten (B 160 Die digitale Infrastruktur in Frankfurt weiter ausbauen – 22.05.2017) (s.o. **Reformierung des Planungsprozesses** (Projekt 10), Handlungsfeld Digitale Infrastruktur).

Digitalisierungsstrategie

Mit der neu eingerichteten **„Stabstelle Digitalisierung"** (vorher „Stabstelle E-Government") wurde eine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie erarbeitet und eine zentrale Ansprechstelle für die Themenkomplexe **E-Government** und **Smart-City** aufgebaut. Die Stadt Frankfurt am Main verfügt mit der Schaffung einer einheitlichen Plattform über die notwendigen Instrumente für die Geschäftsprozessoptimierung, umfassende Informationen, höhere Transparenz und die Schaffung weiterer Online-Antragsverfahren (StVV Fragestunde F 1353 – 14.06.2018). Die Digitalisierungsstrategie soll Handlungsfelder benennen und Prioritäten für konkrete Umsetzungsprojekte setzen ausgehend von einer Ist-Aufnahme bestehender Dienstleistungskomponenten und -leistungen sowie regulativer Rahmenbedingungen (B 402 Die Digitalisierung weiter vorantreiben – 08.12.2017). Der Fokus soll stärker auf Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Gäste der Stadt ausgerichtet sein (B 382 Wiederaufnahme der Verwaltungsreform – Durchführung von Organisationsuntersuchungen, hier: Bericht über die Arbeit der Reformkommission – 03.12.2018).

Die **Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie** vom Februar 2021 bildet eine wegweisende Grundlage für eine zukünftig intelligent vernetzte Stadt Frankfurt am Main. Die Umsetzung der Strategie erfolgt durch Projekte in unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge (M 28 Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie der Stadt Frankfurt am Main – 12.02.2021) (s.o. **Reformierung des Planungsprozesses**; Projekt 10, Handlungsfeld Digitale Infrastruktur).

Handlungsfeld Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft (Projekte 28-30)

Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main nach innen und nach außen

Das **Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main** (Projekt 28) erfolgt im Rahmen der **Industriekampagne Frankfurt am Main** (s.o. Handlungsfeld Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung).

Projekt f>>forward („Frankfurt Forward")

Das Projekt **f>>forward** (Projekt 29) erfährt eine phasenweise Weiterentwicklung, nachdem das Projekt mit zehn erfolgten Matchings zwischen Startup-Unternehmen und etablierten Industrieunternehmen („CEO meets CEO") gestartet war und vorerst erfolgreich abgeschlossen war (Phase I 2015-2016). Von November 2018 bis Oktober 2019 wurde das Projekt in einem abgewandelten Konzept zunächst für ein Jahr als Frankfurt Forward 2.0 weitergeführt (Phase II 2018-2019). Der Abschlussbericht zu dem Projekt erfolgte in der Sitzung des Beirats Industrie im November 2016, der sich für eine Fortführung des Projekts aussprach.

Das erweiterte Konzept **„Frankfurt Forward. Matching am Main. Matchmaking für Startups, Unternehmen und Investoren in Frankfurt Rhein-Main"** wurde am 11.12.2018 auf einer Pressekonferenz mit Wirtschaftsdezernent Markus Frank bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt vorgestellt, und ermöglichte mit einer erweiterten Zielgruppe auch die gezielte Teilnahme von Nicht-

Industrieunternehmen. **Frankfurt Forward 2.0** umfasste drei verschiedene Formate, **„CEO meets CEO“** (Matching), **„Startup of the Year“** und **„Quartalsevents“**, und richtet sich an die Interessensgruppen **Corporates**, **Startups** und **Investoren.**

Im Jahr 2020 wurde das Projekt Frankfurt Forward mit einem erweiterten Konzept, u.a. **Ideenfabrik** und **Internationalisierung**, fortgesetzt:

- Eine **Jury** mit über 30 Vertretern verschiedener Industrieunternehmen und anderen Persönlichkeiten der Region Frankfurt/Rhein-Main wählten im Jahr 2020 die folgenden „Startups of the Month“: **CrowdDesk** (Frankfurt) (Januar), **Tec4Med** (Darmstadt) (Februar), **Codario** (Darmstadt) (März), **Cansativa** (Mörfelden-Walldorf) (April), **iDA** (Frankfurt) (Mai), **Ginmon** (Frankfurt) (Juni), **DATAbility** (Darmstadt) (Juli), **Wingcopter** (Weiterstadt) (August) und **NAIX Technology** (Köln, Frankfurt) (September). Das „Startup of the Year” wurde **Crowd Desk** (Frankfurt). Im Jahr 2021 wurden bis dato **Energy Robotics** (Darmstadt) (Februar), **BITA** (Frankfurt) (März) und **Otto ID Solutions** (Frankfurt) (Mai) als „Startups of the Month“ ausgezeichnet.
- Die folgenden virtuellen **Quartalsevents** wurden durchgeführt: 05.05.2020 „**Med x Tech“**, 03.06.2020 **„HR Transformation“**, 16.09.2020 **„Demokratie wirkt unternehmerisch!“** in Kooperation mit der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Am 18.11.2020 fand die **Frankfurt Forward Abschlussveranstaltung** mit der Wahl zum **„Startup of the Year“** als Hybrid-Veranstaltung im Zoo Gesellschaftshaus im Rahmen des TECH DAY der Euro Finance Week des Deutschen Fachverlags (dfv) statt. Am 25.03.2021 fand das virtuelle Quartalsevent **„Startups x Politik: Was leisten Stadt und Land für Startups?“** statt.
- Die **Internationalisierung** von Frankfurt Forward erfolgte durch ein **International Matchmaking** vom 20.-22.10.2020 mit **Tallin** in Kooperation mit dem estnischen Startup Hub Tehnopool. Darüber hinaus wurde im Dezember 2020 eine Kooperation mit dem internationalen Acceleratoren-Programm **BigBooster** beschlossen, an dem u.a. die Städte Manchester, Boston, Barcelona, Turin und Lodz teilnehmen. Im Jahr 2021 wurde die Internationalisierung des Projekts vom 19.-20.05.2021 durch das **International Matchmaking** mit der französischen Partnerstadt **Lyon** fortgesetzt.

Die „Startups of the Month“ 2019 waren: **Field Buzz** (Frankfurt) (Januar), **Meshcloud** (Frankfurt) (Februar), **CargoSteps** (Frankfurt) (März), **Panalis Solutions** (Frankfurt) (April), **Inga** (Frankfurt) (Mai), **Cashlink Technologies** (Frankfurt) (Juni), **Minds-Medical** (Frankfurt) (Juli), **Compredict** (Darmstadt) (August) und **Sulfotools** (Darmstadt) (September). Das „Startup of the Year” wurde **CargoSteps** (Frankfurt).

Die folgenden **Quartalsevents** wurden 2019 durchgeführt: 28.03.2019 **Kick off: „Building Bridges“** im Co-Work-Play mit 80 Teilnehmenden, 03.06.2019 **„Startups schreiben Politik“** im We-Work mit 100 Teilnehmenden, 19.08.2019 **„Investing in a Region“** im Mindspace mit 140 Teilnehmenden. Am 14.10.2019 fand die **Frankfurt Forward Abschlussveranstaltung** in der IHK Frankfurt am Main mit 180 Teilnehmenden statt.

Digitales Gewerbegebiet

Die **Einrichtung eines Digitalen Gewerbegebietes** (Projekt 30) wird aufgrund einer bisher nicht erfolgten neuen Gewerbegebietsausweisung zunächst im Rahmen der **Profilierung und Qualifi-**

zierung von Gewerbegebieten (Projekt 5) bearbeitet. Das im November 2019 beschlossene Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IStEK) enthält auch die Prüfung möglicher Flächen für eine Ausweisung neuer Gewerbegebiete, die dann von Anfang an als digitale Gewerbegebiete konzipiert sein sollten. Das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (GEP) beauftragt den Magistrat zur Entwicklung neuer Gewerbegebiete und sieht zur Deckung des Gewerbeflächenbedarfs die Entwicklung mindestens eines Gewerbegebietes vor (s.o. Handlungsfeld Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept (RfEk), Handlungsfeld Digitale Infrastruktur).

Weitere neue Projekte

Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum TU Darmstadt

Die Wirtschaftsförderung Frankfurt verlängerte die im August 2017 geschlossene **Kooperationsvereinbarung „Entwicklung von Digitalisierung in den mittelständischen Unternehmen Frankfurt am Main"** mit dem **Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Darmstadt / TU Darmstadt** bis 2021. Das Projekt zielt auf eine gemeinsame Ansprache und Aktivierung von Frankfurter Unternehmen des produzierenden Gewerbes für die Inanspruchnahme des Angebots des Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrums Darmstadt sowie eine Förderung der Vernetzung der Betriebe zum Thema Digitalisierung bzw. Industrie 4.0. Im Rahmen des Programms Mittelstand-Digital des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) stellen die Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren die wichtigsten Anlaufstellen für Unternehmen aus Industrie und Handwerk dar, unterstützen praxisnah und decken alle Digitalisierungsthemen entlang der Wertschöpfungskette ab. Die Kooperation soll fortgesetzt werden.

Innovationsraum BioBall – Bioökonomie im Ballungsraum

Das Projekt soll dazu beitragen, die Entwicklung bioökonomischer Innovationen als Treiber des Strukturwandels hin zu einer nachhaltigen, biobasierten Wirtschaft zu unterstützen.

Die **Übergabe der Förderurkunden** für das Projekt Bioökonomie im Ballungsraum (BioBall) durch Dr. Michael Meister, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) am 05.12.2019 im Industriepark Höchst markierte den Beginn des Koordinationsprojektes und des wissenschaftlichen Begleitprojekts TransRegBio Die Begrüßung erfolgte durch Dr. Joachim Kreysing, Geschäftsführer Infraserv Höchst. Am 06.12.2019 fand in der Provadis Hochschule eine **Auftaktveranstaltung für Beirat und Koordinatoren** des Projekts statt.

Vom 01.02.2020 an und sukzessive in den folgenden Monaten erhielten die Projekte **GreenToGreen**, **SynBioTech**, **GlyChem**, **INFeed**, **Carbohydrates Waste to Chemicals** sowie **AbzuMeOH** eine Förderbewilligung.

Das Jahrestreffen des Innovationsbündnisses am 27.09.2020 mit allen Projektteilnehmenden und Mitgliedern des Vereins Bioökonomie im Ballungsraum e.V. trug zur weiteren Stärkung der Zusammenarbeit im Innovationsraum bei.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hatte am 26.03.2019 mitgeteilt, das Konzept BioBall im Rahmen der Förderaktivität **„Innovationsräume Bioökonomie"** als Innovationsraum zu fördern. Die eingegangenen 14 Konzepte waren in einem vergleichenden Auswahlverfahren bewertet worden. Im Ergebnis wurden vier Konzepte für den Eintritt in die Umsetzungsphase empfohlen.

Das Kompetenzzentrum Industrie hatte das Konzept gemeinsam mit **Infraserv Höchst / Provadis School of International Management and Technology** am 06.02.2019 dem Gutachtergremium beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Berlin vorgestellt und sich seit Januar 2017 gemeinsam mit dem Energiereferat der Stadt Frankfurt am Main und weiteren Projektpartnern in der Konzeptphase beteiligt, u.a. DECHEMA Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie, Fraport, Goethe-Universität, Hessen Trade & Invest, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW), IHK Frankfurt am Main, Infraserv Höchst, Kadib, Landeshauptstadt Wiesbaden, Mainova, Regionalverband FrankfurtRheinMain, Right. based on science, Technische Hochschule Mittelhessen (THM), TU Darmstadt.

In der Umsetzungsphase werden von den Partnern des Innovationsraums Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben (FuEuI- Vorhaben) durchgeführt. Das maximale Fördervolumen von 20 Millionen Euro wird abhängig von der Höhe der eingebrachten privaten Mittel für jeden Innovationsraum durch den Fördermittelgeber individuell budgetiert. Die Förderdauer beträgt höchstens fünf Jahre. In der Umsetzungsphase sind insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zur Antragsstellung aufgerufen.

Die Vernetzung und Erweiterung des Innovationsbündnisses z.B. durch die Einbindung weiterer Projektpartner aus privater und kommunaler Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung zur Schaffung neuer Projektideen und Verbünde innerhalb der Region und darüber hinaus besitzt in der gegenwärtigen Projektphase eine hohe Priorität zur weiteren Etablierung eines Innovationsraums über Frankfurt am Main hinaus.

MASTERPLAN INDUSTRIE

FÜR DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Kontakt

Kompetenzzentrum Industrie
Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH
Dr. Bernd Rentmeister
Ronja Schröder
Dr. Denis Guth
Hanauer Landstraße 126-128
60314 Frankfurt am Main
Tel.: 069 212 36209 (Zentrale)
info@frankfurt-business.net

Juni 2021

WIRTSCHAFTS
FÖRDERUNG
FRANKFURT